



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 6

Juni 1961

Aufsätze:

- Kredite und Einlagen 1960
- Kapitalgesellschaften
- Viehbestände 1960
- Soziale Krankenversicherung

Kurzberichte:

- Ausländer in Schleswig-Holstein
- Akademische Prüfungen
- Industriebeschäftigte
- Bauspargeschäft 1958 bis 1960
- Öffentliche Straßenverkehrsmittel

Graphik des Monats:

Entwicklung von Steueraufkommen und Ausgaben

INDUSTRIELAND

— AGRARLAND

Anteil der Bereiche

an allen
Erwerbstätigen

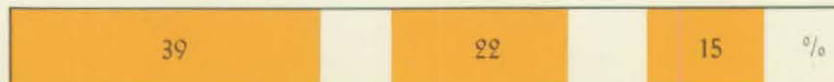


Industrie
und Handwerk

Handel
und Verkehr

Land-
wirtschaft

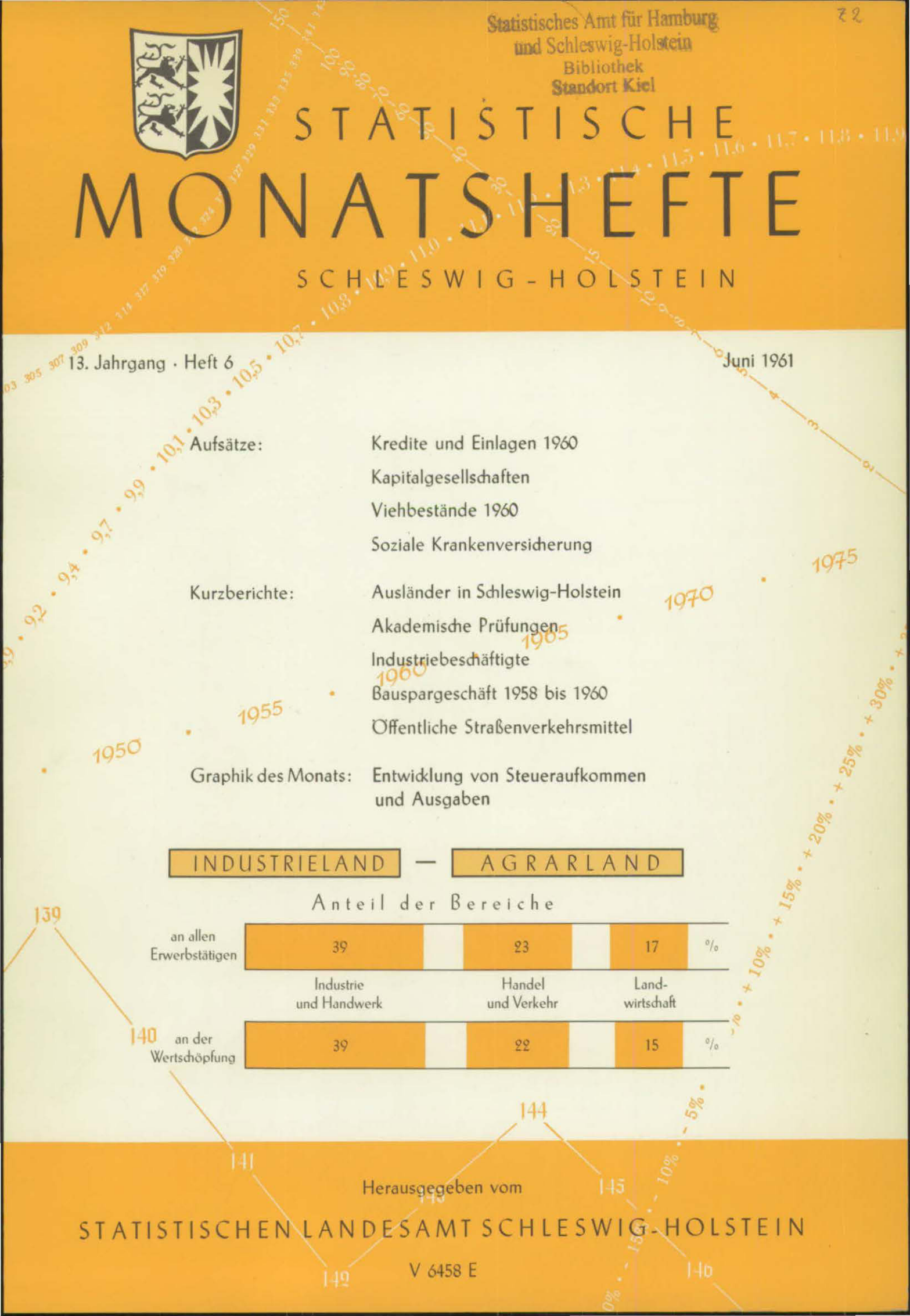
an der
Wertschöpfung



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E



DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		Nov. 1959 bis März 1960	Nov. 1960 bis März 1961	
BESCHÄFTIGUNG				
Arbeitslose	1 000	35	20	- 42
INDUSTRIE				
Produktionsindex ¹	1950 = 100	245	273	+ 11
Beschäftigte ²	1 000	163	171	+ 5
Umsatz ^{2 3}	Mill.DM	521	555	+ 7
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill.Std.	24	25	+ 5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁵	Mill.Std.	7,5	p 8,4	+ 12
Erteilte Baugenehmigungen ⁶	Anzahl	1 297	1 086	- 16
HANDEL				
Ausfuhr	Mill.DM	98,0	p 85,2	- 13
Einzelhandelsumsatz	1960 = 100	97	105	+ 9
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	3 485	3 915	+ 12
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950 = 100	100	96	- 3
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950 = 100	133	130	- 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950 = 100	125	128	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte ⁷	1950/51 = 100	138	124	- 10
Lebenshaltungsindex ⁸				
insgesamt	1958 = 100	102,0	103,5	+ 1
Ernährung	1958 = 100	103,4	101,5	- 2
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ⁹				
Bestand	Mill.DM	1 036 ^a	1 252 ^a	+ 21
Zunahme bzw. Abnahme	Mill.DM	+ 11 ^a	+ 21 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mill.DM	2 608 ^a	2 970 ^a	+ 14
Zunahme bzw. Abnahme	Mill.DM	+ 32 ^a	+ 37 ^a	x
Spareinlagen ¹¹				
Bestand	Mill.DM	1 302 ^a	1 539 ^a	+ 18
Zunahme bzw. Abnahme	Mill.DM	+ 25 ^a	+ 30 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹²	Mill.DM	33	37	+ 12
Landessteuern ¹³	Mill.DM	43	55	+ 29

1) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Lehrlingsstunden 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 6) Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Neubau und Wiederaufbau) 7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltung; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 9) an die Nichtbankenlandschaft 10) an die Nichtbankenlandschaft; einschl. durchlaufender Kredite
11) Einlagenbestand am Monatsende 12) einschl. Umsatzausgleichsteuer 13) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern a) Monats-Ø aus 4 Monaten gebildet

I N H A L T

6/61

Die Konjunktur in Schleswig-Holstein	2. Umschlagseite
Aktuelle Auslese	121
Aus dem Inhalt	122-123
 Aufsätze	
Kredite und Einlagen in Schleswig-Holstein im Jahre 1960	124-130
Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein	131-132
Die Viehbestände 1960	132-138
Die Leistungen der sozialen Krankenversicherung in Schleswig-Holstein	138-141
 Kurzberichte	
Die Ausländer in Schleswig-Holstein am 31.12.1960	141
Akademische Prüfungen	141-142
Die Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner	142-143
Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund 1958 bis 1960	143
Die öffentlichen Straßenverkehrsmittel 1959	143-144
Graphik des Monats	136-137
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel.	41*-46*
Kreiszahlen	47*
Schleswig-Holstein im Bund	48*
Wirtschaftskurven B - Industrie-	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 1/1961

Öffentliche Jugendhilfe
Bevölkerungsentwicklung 1958/59
Öffentliche Verschuldung 1960
Ausgaben für allgemeinbildende Schulen 1959
Ernte und Anbau von Gemüse

Turnen und Sport

Heft 2/1961

Geburten und Sterbefälle 1959
Geschiedene Ehen 1959
Allgemeinbildende Schulen 1960
Industrielle Produktion 1959
Privater Verbrauch 1959

Kieler Medizinstudenten
Schlepper in der Landwirtschaft
Konsumgenossenschaften 1959

Heft 3/1961

Wanderungen 1959
Inanspruchnahme des Begabungspotentials
Vieh- und Fleischwirtschaft 1959/60
Berlin- und Interzonenhandel 1959
Ländarbeiterlöhne 1960
Anstaltsfürsorge

Pflanzenbestände in Baumschulen
Zwischenfruchtanbau 1960
Güterverkehr auf Eisenbahnen 1957

Heft 4/1961

Schleswig-holsteinische Erwerbsquote
Landwirtschaftliche Betriebe
Straßenverkehrsunfälle 1959
Bauwirtschaft 1960

Obsternte 1960
Schwerbeschädigte
Zahlungsschwierigkeiten 1960

Heft 5/1961

Arbeitskräftebestand in der Landwirtschaft
Reiseverkehr mit Skandinavien
Gaststättenpreise 1959

Auslandsumsatz der Industrie



STATISTISCHE MONATSHEFTE

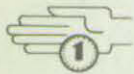
SCHLESWIG - HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 6

Juni 1961

Aktuelle Auslese

ERSTE ERGEBNISSE DER GEWERBESTEUER- STATISTIK 1958



Im Jahre 1958 wurden in Schleswig-Holstein knapp 62 000 Unternehmen zur Gewerbesteuer veranlagt. Etwa die Hälfte von ihnen hatte weniger als 6 000 DM oder überhaupt kein steuerlich relevantes Gewerbekapital. Bei Steuerpflichtigen, deren Gewerbeertrag zwischen 2 500 und 7 300 DM lag, war der Anteil der Unternehmen ohne Gewerbekapital besonders hoch. In dieser Größenklasse befanden sich auch die meisten Steuerpflichtigen, nämlich 43%.

Die Gewerbesteuerpflichtigen nach Gewerbeertragsgruppen
– Natürliche und nichtnatürliche Personen –

Gewerbeertragsgruppe in DM	Steuerpflichtige		darunter Steuerpflichtige mit Gewerbekapital
	Anzahl	%	
ohne Gewerbeertrag	1 310	2,1	1 310
unter 2 500	1 247	2,0	1 052
2 500 – 4 900	14 440	23,4	2 546
4 900 – 7 300	11 879	19,2	3 857
7 300 – 9 700	8 497	13,8	4 049
9 700 – 12 100	5 702	9,2	3 497
12 100 – 16 000	5 865	9,5	4 116
16 000 – 25 000	6 135	9,9	4 855
25 000 – 50 000	4 264	6,9	3 685
50 000 – 100 000	1 470	2,4	1 394
100 000 – 200 000	616	1,0	603
200 000 – 500 000	248	0,4	241
500 000 – 1 Mill.	58	0,1	55
1 Mill. – 2 Mill.	31	0,1	31
2 Mill. – 5 Mill.	20	0,0	20
5 Mill. und mehr	10	0,0	10
Insgesamt	61 792	100	31 321

Sparbetrag je Einwohner ergab 692 DM. Die vierteljährliche Zuwachsrate war mit 4% die gleiche wie im Bundesgebiet. Sie war in Schleswig-Holstein niedriger als in der Zeit von September bis Dezember 1960 und in dem vergleichbaren Vierteljahr 1960 (5%).



DIE SCHÜLERZAHL NIMMT ZU

Die Zahl der Schüler in den öffentlichen Schulen Schleswig-Holsteins hat sich im letzten Jahr folgendermaßen verändert:

Schulart	Schüler			
	Mai 1960	Mai 1961 ¹	Veränderung	
			in 1 000	in %
Volksschule	219,4	221,1	+ 1,6	+ 0,7
Mittelschule	34,5	34,6	+ 0,2	+ 0,4
Höhere Schule ²	33,7	32,8	- 0,9	- 2,7

1) vorläufige Ergebnisse 2) ohne Wirtschaftsoberschule

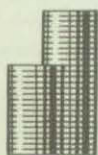
SCHULENTLASSUNGEN OSTERN 1962

Nach eigenen Schätzungen der Schulen werden Ostern 1962 voraussichtlich rund 20 000 Schüler aus den öffentlichen Volksschulen Schleswig-Holsteins entlassen. Die Schulen hatten für Ostern 1961 als Vorschätzung - tatsächliche Ergebnisse liegen noch nicht vor - 16 500 Entlassungen angegeben.

UNIVERSITÄT IN KIEL

Von den rund 4 500 deutschen Studenten, die im Wintersemester 1960/61 an der Universität in Kiel immatrikuliert waren, hatten rund 2 900 (64%) ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein.

VERLANGSAMTE ZUNAHME DER SPAREINLAGEN



Ende März 1961 betragen die bei schleswig-holsteinischen Kreditinstituten unterhaltenen Spareinlagen 1,6 Mrd. DM. Der durchschnittliche

Aus dem Inhalt

Kredite und Einlagen 1960

Seite 124

Die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1960 kam auch in der Geschäftstätigkeit der Kreditbanken zum Ausdruck. Die schleswig-holsteinischen Banken hatten Ende 1960 insgesamt 3,8 Mrd. DM an die Wirtschaft ausgeliehen, 16% mehr als am Schluß des Jahres 1959. Von diesen Krediten waren 1,3 Mrd. DM kurzfristig und 2,5 Mrd. DM längerfristig in Anspruch genommen worden. Dabei haben die kurzfristigen Kredite stärker zugenommen als bisher, während die längerfristigen Kredite weniger gestiegen sind als in früheren Jahren. - Die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk stand auch 1960 wieder an der Spitze aller Kreditnehmer. Auf sie entfielen 34% aller Ausleihungen. Beim Wohnungsbau ergab sich für 1960 eine weit über dem Durchschnitt liegende Kreditausweitung (+ 28%). Sein Anteil an allen Ausleihungen betrug Ende 1960 beinahe 16%. - Infolge der gestiegenen Geschäftstätigkeit und dem damit verbundenen vergrößerten Betriebsmittelbedarf der Wirtschaft verlangsamte sich das Wachstum der Einlagen. Die gesamten Guthaben von Wirtschaftsunternehmen und Privaten machten Ende 1960 fast 2,4 Mrd. DM aus. Die Zuwachsrate gegenüber 1959 betrug 12%. - Die Sparneigung hielt sich auch 1960 auf hohem Niveau. Die von den schleswig-holsteinischen Kreditinstituten ausgewiesenen privaten Spareinlagen erreichten Ende 1960 1,4 Mrd. DM. Das waren um 16% mehr Spareinlagen als Ende 1959. - Der Geldmarkt und die Bankenliquidität waren 1960 zeitweise recht angespannt. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Kreditinstitute, die 1959 um 46 Mill. DM abgebaut werden konnten, nahmen 1960 wieder um 30 Mill. DM zu. Das besondere Augenmerk der Kreditinstitute galt der Liquiditätsvorsorge. Wenn auch die flüssigen Mittel nicht so stark wie 1959 anstiegen, so standen doch genügend Gelder zur Verfügung, den Dispositionswünschen der Kunden ohne Schwierigkeiten nachzukommen. Besonders bemerkenswert war die Erhöhung der Barreserven und der Wechselbestände; sie war in beiden Fällen doppelt so hoch wie 1959. - Neben dem gestiegenen Eigenkapital und einem Teil der Einlagenzuflüsse standen zur Finanzierung der längerfristigen Ausleihungen den kreditgebenden Banken noch 2,4 Mrd. DM aufgenommene Fremdmittel zur Verfügung, 12% mehr als Ende 1959.

Kapitalgesellschaften

Seite 131

Ende 1960 registrierten die schleswig-holsteinischen Amtsgerichte in ihren Handelsregistern 1 056 Kapitalgesellschaften, deren Nominalkapital sich auf knapp 500 Mill. DM belief. Knapp die Hälfte des Nominalkapitals wurde von 66 Aktiengesellschaften gehalten. - Eine besondere Untersuchung über 57 vergleichbare Aktiengesellschaften, die von 1955 bis 1960 unverändert bestanden, ergab, daß diese Aktiengesellschaften ihr Grundkapital von Ende 1955 bis Ende 1960 um 56% erhöhen konnten. Am 31. Dez. 1960 hatten sie ein Grundkapital von insgesamt 203 Mill. DM. Die kräftigste Kapitalvermehrung

(+ 176%) ergab sich bei Gesellschaften der Wirtschaftsabteilung Steine, Erden, Energiewirtschaft. - Ende 1955 entfielen auf die Großunternehmen mit mehr als einer Million DM Grundkapital 87% des Grundkapitals aller Aktiengesellschaften, die bei den Amtsgerichten Schleswig-Holsteins registriert waren, 5 Jahre später belief sich der Anteil der Großunternehmen bereits auf 92%.

Viehbestände 1960

Seite 132

Im Verlauf des Jahres 1960 entwickelten sich die Bestände der einzelnen Nutztvieharten in der bereits in den Vorjahren eingeschlagenen Grundrichtung. Der Rinderbestand wurde weiter vergrößert. Anfang Dezember 1960 gab es 1,2 Mill. Rinder in Schleswig-Holstein, darunter waren 38% Milchkühe. Auch die Zahl der Schweine war 1960 höher als 1959. Mit 1,4 Mill. Schweinen wurde im September 1960 ein neuer Nachkriegshöchststand erreicht. Dagegen wurde die Schafhaltung noch etwas stärker eingeschränkt als 1959. Im Juni 1960 wurden 175 000 und im Dezember 105 000 Schafe im Land gehalten. Der Pferdebestand wurde weiter vermindert. Er nahm von Dezember 1959 bis Dezember 1960 um 20% ab, so daß es Ende 1960 nur noch 46 000 Pferde in Schleswig-Holstein gab.

Soziale Krankenversicherung

Seite 138

Im Jahre 1959 gab es in Schleswig-Holstein 58 landesunmittelbare Krankenkassen mit insgesamt 751 000 Mitgliedern. Knapp drei Fünftel der Mitglieder waren pflichtversicherte Arbeitnehmer, ein Viertel pflichtversicherte Rentner und 15% freiwillig Versicherte. - Von den Mitgliedern waren reichlich vier Fünftel in einer der 23 Ortskrankenkassen des Landes versichert. Auf die Landeskrankenkassen entfielen 9% und auf die Betriebs- und Innungskrankenkassen nur je 4% der Gesamtmitgliederzahl. - In den letzten Jahren sind die Krankengeldzahlungen zum größten Ausgabenposten der Krankenkassen angewachsen. Im Laufe des Jahres 1959 wurden den 58 Krankenkassen Schleswig-Holsteins 336 000 Arbeitsunfähigkeitsfälle gemeldet. Ein Arbeitsunfähigkeitsfall dauerte im Mittel 23 Tage. Für drei Viertel der insgesamt 7,7 Mill. Arbeitsunfähigkeitstage mußten die Krankenkassen Krankengeld zahlen. Die Ausgaben hierfür beliefen sich auf 55 Mill. DM. Von den 336 000 Arbeitsunfähigkeitsfällen waren 51 000 mit einer Einweisung in ein Krankenhaus verbunden. - In 78 000 Fällen haben die landesunmittelbaren Krankenkassen im Jahre 1959 die Kosten für Zahnersatz getragen. Sie gaben dafür 5,5 Mill. DM aus. - Nach schweren Krankheiten können die Kassenmitglieder auf Kosten der Krankenkassen in Genesungsheimen untergebracht werden. 1959 gewährten die Krankenkassen in 1 100 Fällen eine Genesendenfürsorge. - Um einer Erkrankung vorzubeugen, kann Versicherten eine Erholungs- oder Kurverschickung verordnet werden. 1959 wurden von den Krankenkassen 5 300

Personen verschickt, annähernd sieben Zehntel davon waren Kinder. - Im Laufe des Jahres 1959 erhielten nahezu 21 000 Frauen in Schleswig-Holstein eine Wochenhilfe (Hebammenhilfe, Arznei, Stillgeld usw.) von der Krankenkasse. In 15 000 Fällen wurden Sterbegelder gezahlt. - Die Gesamtausgaben der 58 landesunmittelbaren Krankenkassen beliefen sich 1959 auf 214 Mill. DM; 202 Mill. DM davon machte der Leistungsaufwand aus.

Ausländer in Schleswig-Holstein Seite 141

Ende 1960 waren in Schleswig-Holstein 13 800 Ausländer polizeilich gemeldet. Am stärksten sind in Schleswig-Holstein nach den Staatenlosen die Dänen mit 2 000 Personen und die Polen mit 1 730 Personen vertreten.

Akademische Prüfungen Seite 141

Im Studienjahr 1959/60 nahmen 571 deutsche Studierende der Universität in Kiel an einer Staats- oder Diplomprüfung und 178 an einer Doktorprüfung teil. Der weitaus größte Teil der Kandidaten bestand die Prüfung.

Industriebeschäftigte Seite 142

Im Durchschnitt der Jahre 1956/59 waren in Schleswig-Holstein von 1 000 Einwohnern 71 in der Industrie beschäftigt. Schleswig-Holstein hatte damit nur etwa halb so viel Industriebeschäftigte auf 1 000 Einwohner wie das ganze Bundesgebiet.

Bauspargeschäft 1958 bis 1960 Seite 143

In den Jahren 1958 bis 1960 wurden von schleswig-holsteinischen Bausparern über 50 000 neue Sparverträge abgeschlossen. Diese Neuabschlüsse umfaßten Sparverpflichtungen von beinahe 800 Mill. DM.

Öffentliche Straßenverkehrsmittel Seite 143

Die Straßenbahnen von Kiel und Flensburg sowie die Inselbahn von Sylt hatten Ende 1959 zusammen eine Linienlänge von 75 km. In Kiel verkehrten außerdem Obusse auf einer Linienlänge von 20 km. Die Zahl der beförderten Personen mit Straßenbahnen und Obussen ist seit 1956 ständig gesunken, und zwar von 75 Mill. auf 61 Mill. Personen. Das Schwergewicht des öffentlichen Straßenverkehrs verlagert sich immer stärker auf den Omnibusverkehr, dessen Beförderungsleistung von 1956 bis 1959 von 91 Mill. auf 118 Mill. Personen stieg.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Grössenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Kredite und Einlagen in Schleswig-Holstein im Jahre 1960

- Von Hans Kemmelmeier, Kiel -

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Ebenso wie in anderen westeuropäischen Ländern stand die Wirtschaft der Bundesrepublik im Jahre 1960 eindeutig im Zeichen der Hochkonjunktur. Der Aufschwung nach der kurzen Dämpfungsperiode des Winters 1958/59 und die sich daran anschließende erneute Expansion beschleunigten sich so stark, daß sich um die Jahreswende 1959/60 eine zunehmende Konjunkturüberhitzung abzuzeichnen begann.

Das Wachstum der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage wurde wie bisher überwiegend durch die steigende Investitionsneigung der privaten Wirtschaft und auch der öffentlichen Hand bestimmt; die Aufwendungen für Ausrüstungen und Bauten erhöhten sich beträchtlich. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war die Zuwachsrate der Anlageinvestitionen (+ 16,5%) wesentlich größer als die Erhöhung des Bruttosozialprodukts (nominell + 11,3%). Hinter den konjunkturell gestiegenen Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen stand vor allem das Streben der Wirtschaft, dem spürbaren Mangel an Fachkräften und der damit verbundenen Einengung der Produktionsmöglichkeiten durch noch stärkeren Einsatz von arbeitsparenden Maschinen zu begegnen. Außerdem trat hinzu, daß neben den gestiegenen Inlandsaufträgen das Ausland in zunehmendem Maße die deutschen Produktionskapazitäten in Anspruch nahm. Zu der Übernachfrage nach Bauleistungen - besonders im Hochbau - trug die öffentliche Hand wesentlich bei.

Auch die Konsumentennachfrage dehnte sich als Folge der Zunahme des verfügbaren Einkommens in der letzten Zeit immer rascher aus.

Trotz aller Bemühungen verlangsamte sich das Wachstum an Gütern und Dienstleistungen; die Spannung zwischen Angebot und Nachfrage verschärfte sich zusehends, und die Tendenz zu Preissteigerungen verstärkte sich. Allerdings erhöhte sich das Preisniveau bisher in geringerem Ausmaß, als vielfach befürchtet worden war. Dies war der immer noch erstaunlichen Elastizität des Angebots aus heimischer Erzeugung und aus Einfuhr zu verdanken, deren Preise für Rohstoffe und Ernährungsgüter dank des hohen Weltmarktangebots tendenziell zurückgegangen waren.

Obwohl die Ausweitung der gesamten Nachfrage unverkennbar den Charakter einer konjunkturellen Übersteigerung annahm, konnte sich die Bundesregierung zu keinen entscheidenden konjunkturpolitischen Eingriffen entschließen. Die ganze Last der Abwehr lag auf den Schultern

der Deutschen Bundesbank. Wenn auch ihre geld- und kreditpolitischen Maßnahmen sowohl zeitiger als auch beträchtlich umfassender als in den anderen westeuropäischen Ländern einsetzten, so war ihnen dennoch kein greifbarer Erfolg beschieden, weil die tatkräftige Unterstützung durch eine gleichgerichtete Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes fehlte. Den Notenbankmaßnahmen, die eine Kreditverteuerung für die Wirtschaft und einen Liquiditätsentzug bei den Banken zum Ziel hatten, wirkten die anhaltend hohen Devisenüberschüsse entgegen. Diese Tatsachen und die prekäre Zahlungsbilanzsituation in anderen Ländern veranlaßten die Bundesbank schließlich, die Restriktionspolitik zu lockern. Im März 1961 erst entschloß sich die Bundesregierung mit Zustimmung der Deutschen Bundesbank zu einem entscheidenden Schritt zur Sicherung und Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse: die Deutsche Mark wurde aufgewertet.

Die ohne jede Unterstützung von der Notenbank verfolgte restriktive Linie im letzten Jahr hat zweifellos dazu beigetragen, eine gesunde Grundlage für eine weitere Entwicklung auf hohem Niveau zu schaffen.

Entwicklung in Schleswig-Holstein

Das Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein, das durch die Kriegs- und Nachkriegsfolgen außerordentlich schwer belastet war, konnte nach einer von Jahr zu Jahr stetig fortschreitenden Gesundung die planmäßig erstrebte Annäherung an den allgemeinen Stand im Bund fortsetzen. Die Erfolge fanden ihren meßbaren Niederschlag in der Höhe des Sozialprodukts, in der erreichten Vollbeschäftigung und in den Produktionszahlen und Umsätzen. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamts waren die Fortschritte auf einigen Teilgebieten größer als im Bundesdurchschnitt. Das Erreichte dürfte um so höher zu bewerten sein, als sich die gesamte Entwicklung weniger hektisch als im Bund vollzog. Zwar besitzt auch die schleswig-holsteinische Wirtschaft neuralgische Punkte, wie z.B. die Ausrichtung der als Schlüsselindustrie geltenden exportintensiven Werften (etwa ein Drittel der Schiffbaukapazität Westdeutschlands) auf die der EFTA angehörenden skandinavischen Länder. Die gelegentlich geäußerte Befürchtung, daß die industrielle Ausfuhr des Landes durch die Blockbildung EWG/EFTA negativ beeinflußt werden könnte, ist jedenfalls im Berichtsjahr nicht sichtbar geworden. Die Lieferungen Schleswig-Holsteins in den EFTA-Raum haben sich sogar von 52%

des Exportvolumens im Jahre 1959 auf rund 55% im Jahr 1960 erhöht. In welchem Umfang sich die Aufwertung der DM auf die Exportkraft der Werften auswirken wird, ist noch nicht zu übersehen.

Die Landwirtschaft, die die Wirtschaftsstruktur des Landes stärker als in den anderen Bundesländern bestimmt, erlitt sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bund einige Einbußen, da die Steigerung der Verkaufserlöse mit der Zunahme der Betriebskosten nicht Schritt hielt. Das war nach dem im Februar 1961 veröffentlichten "Grünen Bericht" im wesentlichen eine Folge der ungünstigen Witterung während des Wirtschaftsjahres 1959/60. Nach Ansicht des Ernährungsministeriums wird - unter der Voraussetzung normaler Wetterverhältnisse - im neuen Wirtschaftsjahr mit einer beachtlichen Erholung gerechnet.

Die Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private

Die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 1960 kam auch in der Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute zum Ausdruck.

Für die folgende Betrachtung wurden die benötigten Zahlen - wie auch in den Vorjahren - den monatlichen und vierteljährlichen statistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank (monatliche Bilanzstatistik und Aufgliederung der Ausleihungen der Kreditinstitute) entnommen. Abweichungen von den Angaben über die Entwicklung im Bund im Vorjahr sind auf die Einbeziehung des Saarlandes in die Statistik zurückzuführen.

Die Wirtschaft hatte Ende des Jahres insgesamt 3,8 Mrd. DM bei schleswig-holsteinischen Banken in Anspruch genommen, das sind 538 Mill. DM mehr (+ 16%) als am Schluß des Vorjahres, in dem der Zuwachs 472 Mill. DM = 17% betragen hatte. Dieses Ergebnis war daraus zu erklären, daß wegen der unausgeglichenen Kapitalmarktlage ein Nachlassen im Wachstum der längerfristigen Ausleihungen eingetreten war. Für die Abschwächung dürfte zum Teil eine von Zinserwägungen bestimmte Zurückhaltung der Darlehnsnehmer von Bedeutung gewesen sein.

Die Expansion der Bankkredite im Bundesgebiet um 15,2 Mrd. DM = 15% war 1960 im ganzen schwächer als im Vorjahr. Trotz der Liquiditätsbeengung durch die Kreditpolitik der Notenbank waren die Banken aber doch in der Lage, den Wünschen der Kundschaft weiter in beträchtlichem Umfang nachzukommen.

Sowohl im Bund als auch in Schleswig-Holstein war eine leichte Verlagerung im Kreditgeschäft zu erkennen. Die kurzfristigen Wirtschaftskredite dehnten sich im Betrage stärker als

Tab. 1 Die gesamten Wirtschaftskredite (kurz- und längerfristig)

Stand am Ende des Jahres	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹ einschl. Berlin (West)	
	in Mill. DM	Zunahme geg. dem Vorjahr in %	in % des Bundesgebietes	in Mill. DM	Zunahme geg. dem Vorjahr in %
1957	2 428	+ 12,4	3,1	78 383	+ 10,0
1958	2 791	+ 15,0	3,2	86 315	+ 10,1
1959	3 264	+ 16,9	3,2	101 881	+ 18,0
1960	3 801	+ 16,5	3,2	117 122	+ 15,0

1) einschl. Saarland, jedoch 1957 und 1958 ohne Saarland

bisher aus, während die Zunahme des längerfristigen Engagements hinter den Steigerungen früherer Jahre zurückblieb. Der Anteil der von heimischen Kreditinstituten gewährten Kredite am westdeutschen Gesamtvolumen betrug nach wie vor 3,2%.

Die Tabellen 1 bis 3 enthalten auch die vom Kreditgewerbe des Landes zur Verfügung gestellten Teilzahlungskredite im Gesamtbetrag von 106 Mill. DM (Ende 1959: 84 Mill. DM) und Kleinkredite über insgesamt 38 Mill. DM (Ende 1959: 25 Mill. DM). An den Teilzahlungskrediten waren Ende 1960 die Spezialinstitute mit 69 Mill. DM = 65% und die übrigen Banken mit 37 Mill. DM = 35% beteiligt. Der Schwerpunkt der Zunahme lag wieder bei den mittelfristigen Krediten (+ 16 Mill. DM) zur Beschaffung von Gebrauchsgütern des gehobenen Bedarfs. Besonders augenfällig war im Berichtszeitraum die kräftige Erhöhung von Krediten zum Erwerb von Personenkraftwagen.

Die Teilzahlungskredite aller Bankengruppen im Bundesgebiet erhöhten sich von 4 Mrd. DM Ende 1959 auf 4,9 Mrd. DM Ende 1960, während die Kleinkredite (mittelfristige Tilgungsdarlehen) um etwa 300 Mill. DM auf 1,2 Mrd. DM zunahmen. Der Anteil der beiden Kreditarten am Gesamtvolumen lag im Bund mit 5% über demjenigen Schleswig-Holsteins (3,8%).

Die kurzfristigen Kredite

Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein hatte Ende 1960 mit 1 259 Mill. DM 227 Mill. DM mehr kurzfristig in Anspruch genommen als am Ende des Vorjahres; die Steigerung betrug 22% und hat sich somit gegenüber 1959 verdoppelt. Die wieder etwas stärker in Erscheinung getretene Ausdehnung des Kurzkreditgeschäftes war vor allem eine Folge der gestiegenen Umsätze auf dem Sektor der gewerblichen Wirtschaft und beim Handel. Der Einfluß der Landwirtschaftskredite auf die Entwicklung des Kurzkreditvolumens war nicht so ausgeprägt wie in den Vorjahren.

An dem üblichen Rhythmus in der Kreditbeanspruchung, der in einer relativ kräftigen Zunahme im 1. Halbjahr, einem Abbau im

Tab. 2 Die kurzfristigen Kredite an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹ einschl. Berlin (West)		
	in Mill.DM	Veränderung in % gegenüber		in Mill.DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor-termin	Vor-jahrs-ende		Vor-termin	Vor-jahrs-ende
1959 Dez.	1 032	+ 1,7	+ 11,2	35 524	+ 3,7	+ 9,1
1960 März	1 101	+ 6,7	+ 6,7	36 691	+ 3,3	+ 3,3
Juni	1 195	+ 8,6	+ 15,9	38 062	+ 3,7	+ 7,1
Sept.	1 192	- 0,3	+ 15,5	39 273	+ 3,2	+ 10,6
Dez.	1 259	+ 5,7	+ 22,0	41 002	+ 4,4	+ 15,4

1) einschl. Saarland

3. Quartal und einem erneuten Anstieg bis zum Jahresschluß zum Ausdruck kommt, hat sich nichts geändert.

In den Übersichten sind die Kredite an die öffentliche Hand, die Ende des Berichtszeitraumes 6 Mill. DM benötigte (Ende 1959: 7 Mill. DM), ebenso wie die Kredite an Kreditinstitute unberücksichtigt geblieben.

Die Bank-an-Bank-Kredite, in denen 35 Mill. DM Refinanzierungskredite für Teilzahlungsgeschäfte enthalten waren (Ende 1959: 24 Mill. DM), im übrigen aber hauptsächlich von den Dispositionen der Sparkassen und Kreditgenossenschaften bei ihren Spitzeninstituten beeinflusst wurden, erhöhten sich von 69 Mill. DM auf 134 Mill. DM.

Im Bund nahmen die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private um 5,5 Mrd. DM (15%) auf rund 41 Mrd. DM zu; die Zuwachsrate lag somit abermals unter derjenigen Schleswig-Holsteins.

Die längerfristigen Ausleihungen

Im Gegensatz zur Entwicklung im Vorjahr stiegen die mittelfristigen und langfristigen Kredite etwas langsamer.

Obwohl gelegentlich bei Darlehnsnehmern eine abwartende Haltung zu beobachten war, konnte jedoch die Investitionsneigung nicht wesentlich eingedämmt werden. Besonders die 1959 von den Instituten gemachten Hypotheken-

Tab. 3 Die längerfristigen Ausleihungen an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹ einschl. Berlin (West)		
	in Mill.DM	Veränderung in % gegenüber		in Mill.DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor-termin	Vor-jahrs-ende		Vor-termin	Vor-jahrs-ende
1959 Dez.	2 232	+ 4,7	+ 19,7	66 357	+ 5,3	+ 20,0
1960 März	2 294	+ 2,8	+ 2,8	68 209	+ 2,8	+ 2,8
Juni	2 362	+ 3,0	+ 5,8	70 736	+ 3,7	+ 6,6
Sept.	2 445	+ 3,5	+ 9,6	73 417	+ 3,8	+ 10,6
Dez.	2 542	+ 4,0	+ 13,9	76 121	+ 3,7	+ 14,7

1) einschl. Saarland

zusagen verhinderten ein Nachlassen der Übernachfrage nach Bauleistungen und damit eine konjunkturelle Beeinflussung des Volumens der längerfristigen Ausleihungen. Am Jahresende stellten sich diese Kredite nach einer Zunahme um 14% auf 2,5 Mrd. DM (Ende 1959: 2,2 Mrd. DM).

Die unterschiedliche Struktur der Kreditgewährung durch die Bankengruppen blieb sowohl im Bund als auch in Schleswig-Holstein in gleicher Weise wie bisher bestehen. Hauptträger des längerfristigen Kreditgeschäftes waren nach wie vor die Realkreditinstitute, die Girozentrale und die Sparkassen. Von den gesamten Krediten an Wirtschaft und Private der schleswig-holsteinischen Hypothekenbanken und des Sparkassenkreises einschließlich der Girozentrale waren 81% längerfristig belegt (1959: 82%). Bei den anderen Bankengruppen dominierten die kurzfristigen Kredite mit 66% (1959: 65%).

Nicht untersucht wurden die längerfristigen Kredite an öffentliche Stellen und an Kreditinstitute. Die öffentliche Hand hatte Ende 1960 zur Erfüllung ihrer Aufgaben 405 Mill. DM in Anspruch genommen (1959: 368 Mill. DM); den Kreditinstituten standen 283 Mill. DM zur Verfügung (1959: 236 Mill. DM), von denen die Sparkassen und die ländlichen Kreditgenossenschaften über ihre Zentralinstitute 254 Mill. DM erhalten hatten (1959: 206 Mill. DM).

Im Bund lag die Steigerung mit 15% nur noch unbedeutend über dem Wachstum Schleswig-Holsteins.

Die Verteilung der Kredite auf die Wirtschaftszweige

Die Aufgliederung der Ausleihungen der Kreditinstitute nach Wirtschaftszweigen, die einer vierteljährlichen Repräsentativstatistik entnommen wurde, konnte durch die Zahlen der nicht berichtspflichtigen kleineren Institute, die hauptsächlich in ländlichen Bezirken ihren Sitz haben, ergänzt werden. Dadurch war es möglich, ein annähernd zutreffendes Bild über die gesamten, von schleswig-holsteinischen Kreditinstituten gewährten Kredite zu gewinnen. Bei den Ausleihungen der an der Sondererhebung nicht beteiligten Kassen handelte es sich fast ausschließlich um Kredite an die Landwirtschaft und ihr nahestehende Branchen.

Die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk blieb auch 1960 mit einer Steigerung ihres Engagements um 129 Mill. DM auf 1 342 Mill. DM an der Spitze aller Kreditnehmer; sie konnte aber ihren Anteil am Gesamtvolumen, der Ende 1959 noch fast 36% betragen hatte, nicht behaupten. Ebenso mußte die Land-, Forst-, Wasserwirtschaft einen Rückgang hinnehmen, obwohl ihr im Laufe des Berichtsjahres aus dem "Grünen

Tab. 4

Die Entwicklung der gesamten Bankkredite an die einzelnen Wirtschaftszweige

Wirtschaftszweig	Gesamtausleihungen							
	Ende 1959		Ende Juni 1960			Ende 1960		
	Mill.DM	in %	Mill.DM	in %	Veränd. in %	Mill.DM	in %	Veränd. in %
Wohnungsbau	476	14,1	535	14,5	+ 12,4	610	15,5	+ 14,0
Industrie, Gewerbe, Handwerk	1 213	35,9	1 254	33,9	+ 3,4	1 342	34,0	+ 7,0
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	994	29,4	1 107	29,9	+ 11,4	1 122	28,5	+ 1,4
Handel	381	11,3	427	11,5	+ 12,1	449	11,4	+ 5,1
Sonstige Wirtschaftszweige u.private Kredite	312	9,3	374	10,2	+ 19,9	419	10,6	+ 12,0
Insgesamt	3 376	100	3 697	100	+ 9,5	3 942	100	+ 6,6

Plan¹ und für Siedlungszwecke namhafte Beträge zur Verfügung gestellt wurden. Die Kreditinanspruchnahme durch den Handel verblieb bei einem Anteil von etwas mehr als 11%. Beim Wohnungsbau, auf den neben anderen Bauleistungen die konjunkturelle Übersteigerung zu einem erheblichen Teil zurückzuführen war, ergab sich für 1960 eine weit über dem Durch-

schnitt liegende Kreditausweitung um 28%. Sein Anteil an den gesamten Ausleihungen betrug Ende 1960 beinahe 16%. Eine noch stärkere Ausdehnung zeigte sich bei den sonstigen und privaten Krediten. Hierin waren 106 Mill. DM Teilzahlungskredite (Ende 1959: 84 Mill. DM) und 38 Mill. DM Kleinkredite (Ende 1959: 25 Mill. DM) enthalten.

Tab. 5

Die Entwicklung der kurzfristigen Kredite nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Kurz Kredite							
	Ende 1959		Ende Juni 1960			Ende 1960		
	Mill.DM	in %	Mill.DM	in %	Veränd. in %	Mill.DM	in %	Veränd. in %
Wohnungsbau	47	4,2	59	4,5	+ 25,5	74	5,4	+ 25,4
Industrie, Gewerbe, Handwerk	312	28,0	339	26,0	+ 8,7	380	27,9	+ 12,1
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	393	35,2	459	35,3	+ 16,8	441	32,4	- 4,0
Handel	289	25,9	335	25,7	+ 15,9	349	25,6	+ 4,2
Sonstige Wirtschaftszweige und private Kredite ¹	75	6,7	110	8,5	+ 46,7	119	8,7	+ 8,2
Insgesamt	1 116	100	1 302	100	+ 16,7	1 363	100	+ 4,7

1) darin enthaltene Teilzahlungskredite: Ende 1959 28 Mill. DM; Ende Juni 1960 34 Mill. DM; Ende 1960 34 Mill. DM

Die kurzfristigen Kredite schoben sich gegenüber den Vorjahren wieder etwas stärker in den Vordergrund. Neben der Finanzierung erhöhter Umsätze dürfte der größere Betriebsmittelbedarf vor allem aus gestiegenen personellen und sächlichen Ausgaben sowie aus gewachsenen Steueraufwendungen zu erklären sein. Der Gesamtbetrag der Kurz Kredite stieg um 247 Mill. DM = 22% auf 1 363 Mill. DM. Beim Handel und den sonstigen und privaten Krediten lag der Schwerpunkt der Zunahme im 1. Halbjahr, während beim Wohnungsbau und bei den Krediten an die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk die Entwicklung umgekehrt verlief. Überraschenden Anteil an der Expansion der Industriekredite (+ 68 Mill. DM) hatte die Untergruppe Stahl-, Eisen-, Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbau mit einer Zunahme um 44 Mill. DM. Die Kredite an die Landwirtschaft, die sich in dem bisherigen Rhythmus entwickelten (kräftige Zunahme bis zur Jahresmitte, teilweiser Abbau im 2. Halbjahr aus Ernte- und Gräservieherlösen) erhöhten sich um 48 Mill. DM auf 441 Mill. DM. Die kurzfristige Verschuldung dieses Wirtschaftszweiges, die sich in den letzten 6 Monaten um nur 4% verminderte, konnte nicht in dem gleichen Umfang wie in den Vorjahren

zurückgeführt werden (1959: - 10%), weil die bäuerlichen Betriebe wegen der erlittenen Ernteschäden dazu nicht in der Lage waren. Die Summe der Teilzahlungskredite mit kurzer Laufzeit, die 1959 sich um 1 Mill. DM vermindert hatte, stieg bis Ende des Jahres um 6 Mill. DM auf 34 Mill. DM; davon entfielen auf Kredite der Teilzahlungsfinanzierungsinstitute 9 Mill. DM und der Geschäftsbanken 25 Mill. DM. Für den Außenhandel waren 3,4% des Gesamtvolumens = 46 Mill. DM bereitgestellt; 31 Mill. DM wurden für Einfuhrgeschäfte beansprucht, während 15 Mill. DM für die Durchführung von Exporten benötigt wurden (Ende 1959: 12 Mill. DM für Importe, 16 Mill. DM für Ausfuhren).

Das Wachstum der längerfristigen Ausleihungen vollzog sich im Vergleich mit den Kurz Krediten während des ganzen Berichtszeitraumes ausgeglichener und lag mit einer Zunahme um 319 Mill. DM = 14% unter dem Ergebnis des Vorjahres (+ 383 Mill. DM = 20%). Der Rückgang der Steigerungsrate war in der Hauptsache auf eine Verminderung der Zunahme von Industriekrediten von 141 Mill. DM auf 61 Mill. DM zurückzuführen.

Tab. 6

Die Entwicklung der längerfristigen Ausleihungen nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Längerfristige Ausleihungen							
	Ende 1959		Ende Juni 1960			Ende 1960		
	Mill.DM	in %	Mill.DM	in %	Veränd. in %	Mill.DM	in %	Veränd. in %
Wohnungsbau	429	19,0	476	19,9	+ 11,0	536	20,8	+ 12,6
Industrie, Gewerbe, Handwerk	901	39,9	915	38,2	+ 1,6	962	37,3	+ 5,1
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	601	26,6	648	27,1	+ 7,8	681	26,4	+ 5,1
Handel	92	4,0	92	3,8	-	100	3,9	+ 8,7
Sonstige Wirtschaftszweige und private Kredite	237	10,5	264	11,0	+ 11,4	300	11,6	+ 13,6
Insgesamt	2 260	100	2 395	100	+ 6,0	2 579	100	+ 7,7

Die Ausleihungen für den Wohnungsbau wuchsen um 107 Mill. DM auf 536 Mill. DM (1959: + 94 Mill. DM). Der ungebrochene Boom auf dem Baumarkt setzte sich fort, weil die hohen Hypothekenzusagen des Kreditgewerbes aus dem Jahre 1959 erfüllt werden mußten. Von untergeordneter Bedeutung für die Entwicklung des längerfristigen Gesamtvolumens waren die Veränderungen der Ausleihungen an die übrigen Kreditnehmergruppen. Die in den sonstigen und privaten Krediten enthaltenen Teilzahlungskredite erhöhten sich im Laufe des Jahres um 16 Mill. DM auf 72 Mill. DM (davon: Kredite bei Teilzahlungsfinanzierungsinstituten + 15 Mill. DM auf 60 Mill. DM; Kredite bei sonstigen Geschäftsbanken + 1 Mill. DM auf 12 Mill. DM). Die ebenfalls hier erfaßten Kleinkredite betragen Ende 1960 38 Mill. DM (+ 13 Mill. DM). Die Ausdehnung des Teilzahlungskredites war überwiegend eine Folge von zunehmenden Kraftfahrzeugkäufen auf Kreditbasis; für die Verwendung der Kleinkredite fehlen jegliche Angaben. Beide Kreditarten sind mittelfristig.

Die Einlagen und die Finanzierung der Kredite

Dem Eigenkapital der Institute (ohne Haftsummenzuschlag der Kreditgenossenschaften), das im Vorjahr um 23 Mill. DM aufgestockt werden konnte, wurden weitere 30 Mill. DM - zum großen Teil aus Erträgen - zugeführt. Das Polster der eigenen haftenden Mittel nahm dadurch auf 205 Mill. DM zu, ein Ergebnis, das als recht zufriedenstellend bezeichnet werden kann.

Infolge der gestiegenen Geschäftstätigkeit und dem damit verbundenen vergrößerten Betriebsmittelbedarf der privaten Wirtschaft verlangsamte sich das Wachstum der Einlagen. Die Unternehmen waren genötigt, in stärkerem Umfang als bisher neben der Ausdehnung ihrer Kreditansprüche ihre Bankguthaben umzuschlagen.

Die gesamten Guthaben von Wirtschaftsunternehmen und Privaten (Sicht-, Termin- und Spareinlagen) erhöhten sich um 256 Mill. DM (12%) auf 2,4 Mrd. DM und erzielten die gleiche Zuwachsrates wie im Bundesgebiet.

Tab. 7 Die Gesamteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten

Stand am Ende des Jahres	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹ einschl. Berlin (West)	
	in Mill.DM	Zunahme in % geg. dem Vorjahr	in % des Bundesgebietes	in Mill.DM	Zunahme in % geg. dem Vorjahr
1957	1 625	+ 27,8	2,9	56 032	+ 20,5
1958	1 827	+ 12,4	2,8	66 060	+ 17,9
1959	2 125	+ 16,3	2,7	78 561	+ 18,9
1960	2 381	+ 12,0	2,7	88 178	+ 12,2

1) einschl. Saarland, jedoch 1957 und 1958 ohne Saarland

Bei den Sicht- und Termineinlagen als Ganzem setzte sich die Abschwächung des Wachstums, durch die die Entwicklung in den Sommermonaten sowohl im Bund als auch in Schleswig-Holstein gekennzeichnet war, im letzten Quartal nicht weiter fort. Bis Ende des Jahres betrug der Gesamtzuwachs 59 Mill. DM = 6%.

Die täglich fälligen Gelder stiegen in den ersten 5 Monaten ziemlich gleichmäßig auf 700 Mill. DM, sanken dann um die Jahresmitte um rund 14 Mill. DM, um dann unter beträchtlichen Schwankungen einen Stand von 721 Mill. DM (+ 54 Mill. DM) zu erreichen. Die Termineinlagen stellten sich am Ende des Jahres nach einer Steigerung um nur 5 Mill. DM auf 260 Mill. DM.

Die Sparneigung hielt sich im abgelaufenen Jahr auf hohem Niveau. Zwar verringerte sich der Überschuß der Gutschriften über die Lastschriften; es sollte jedoch nicht übersehen werden,

Tab. 8 Die Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹ einschl. Berlin (West)		
	in Mill.DM	Veränderung in % gegenüber		in Mill.DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor-termin	Vor-jahres-ende		Vor-termin	Vor-jahres-ende
1959 Dez.	922	- 2,7	+ 10,2	36 598	+ 5,5	+ 12,3
1960 März	952	+ 3,3	+ 3,3	35 867	- 2,0	- 2,0
Juni	959	+ 0,7	+ 4,0	36 485	+ 1,7	- 0,3
Sept.	954	- 0,5	+ 3,5	36 535	+ 0,1	- 0,2
Dez.	981	+ 2,8	+ 6,4	38 916	+ 6,5	+ 6,3

1) einschl. Saarland

daß sich die Bevölkerung zunehmend anderen Sparmöglichkeiten, wie Bau- und Versicherungssparen und Wertpapiererwerb zuwandte, so daß kaum von einem Nachlassen des Sparwillens gesprochen werden kann. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank setzte sich die leichte Senkung der Sparquote der privaten Haushalte, die im ersten Halbjahr 1960 zu beobachten war, nicht mehr fort; die Quote betrug für 1960 8,6%.

Die von den schleswig-holsteinischen Kreditinstituten ausgewiesenen privaten Spareinlagen beliefen sich mit einer Jahreserhöhung um 198 Mill. DM = 16% auf 1,4 Mrd. DM (1959; + 212 Mill. DM = 21%). Wenn in die Betrachtung auch noch die Spareinlagenbildung der öffentlichen Hand einbezogen wird, erhöht sich der Spareinlagenüberschuß auf 236 Mill. DM = 18% und liegt damit absolut nur unwesentlich unter dem Saldo von 1959.

Tab. 9 Die privaten Spareinlagen

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet ¹ einschl. Berlin (West)			
	in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber		in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber	
		Vor-termin	Vor-jahres-ende		Vor-termin	Vor-jahres-ende
1959 Dez.	1 202	+ 5,8	+ 21,4	41 963	+ 6,1	+ 21,7
1960 März	1 251	+ 4,1	+ 4,1	43 921	+ 4,7	+ 4,7
Juni	1 282	+ 2,5	+ 6,7	45 101	+ 2,7	+ 7,5
Sept.	1 330	+ 3,7	+ 10,6	46 514	+ 3,1	+ 10,8
Dez.	1 400	+ 5,3	+ 16,5	49 262	+ 5,9	+ 17,4

1) einschl. Saarland

Im Berichtsjahr spielten die steuer- und prämiengünstigen Einlagen (im Gesamtbestand der Spareinlagen enthalten) im ganzen eine geringere Rolle als in den Jahren zuvor. Während durch Auslaufen von Kapitalansammlungsverträgen die steuerbegünstigten Guthaben von 131 Mill. DM auf 103 Mill. DM zurückgingen, stiegen die Einlagen auf prämiengünstigten Konten um 22 Mill. DM auf 40 Mill. DM. Für beide Kategorien zusammen ergab sich somit ein Rückgang um 6 Mill. DM.

Die Spareinlagen bei den berichtenden Instituten im Bund stiegen um 7,3 Mrd. DM auf 49,3 Mrd. DM und lagen mit ihrer Zuwachsrate um noch nicht einen Punkt über dem Ergebnis in Schleswig-Holstein.

Der Geldmarkt und die Bankenliquidität standen 1960 im Zeichen einer zeitweilig recht beträchtlichen Anspannung, die neben den saisonalen Einflüssen aus den seit Ende vorigen Jahres kräftig heraufgesetzten Mindestreserveanforderungen herrührte.

Als Folge hiervon dehnten sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten der heimischen Kreditinstitute, die 1959 um 46 Mill. DM abgebaut werden

Tab. 10 Die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Kreditinstitute

Stand am Jahresende	Ins-ge-samt	davon			Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank	
		Aufge-nom-mene Gelder	Eigene Akzepte und eigene Ziehungen im Umlauf	son-stige Indossa-ments-verbänd-lichkeiten	Betrag	Anteil an den Ver-bindlich-keiten
1957	143	82	11	50	41	28,7
1958	151	88	4	59	29	19,2
1959	105	65	4	36	18	17,1
1960	135	87	1	47	18	13,3

konnten, wieder um 30 Mill. DM auf 135 Mill. DM aus. Daran waren die aufgenommenen Gelder mit einer Zunahme um 22 Mill. DM und die Indossamentsverbindlichkeiten mit einer solchen um 11 Mill. DM beteiligt, während der Umlauf eigener Akzepte und eigener Ziehungen auf 1 Mill. DM zurückging. Das Verhältnis der von den Banken aufgenommenen kurzfristigen Mittel (135 Mill. DM) zum gesamten Kurzkreditvolumen über 1,4 Mrd. DM (davon: Wirtschaft und Private 1 259 Mill. DM; öffentliche Hand 6 Mill. DM; Bank-an-Bank-Kredite 134 Mill. DM) verschlechterte sich geringfügig von 9,5% auf 9,6%.

Das Obligo gegenüber der Deutschen Bundesbank blieb gegenüber 1959 im Betrag gleich; der Vom-Hundert-Satz zu den kurzfristig aufgenommenen Mitteln ermäßigte sich allerdings auf 13,3%. Daß der Notenbankkredit, der im allgemeinen zum Jahresschluß in stärkerem Umfang von den Instituten in Anspruch genommen zu werden pflegte, sich nicht ausweitete, mag um die Jahreswende aus der Erwartung einer Diskontsenkung, die dann auch am 19. Januar 1961 erfolgte, zu erklären sein.

Der Liquiditätsvorsorge galt das besondere Augenmerk der Kreditinstitute. Wenn auch die flüssigen Mittel um 158 Mill. DM auf 1 090 Mill. DM nicht so stark wie 1959 anstiegen (+ 171 Mill. DM), so standen doch genügend Gelder zur Verfügung, den Dispositionswünschen der Kunden ohne Schwierigkeiten nachzukommen.

Besonders bemerkenswert war die Erhöhung der Barreserve und der Wechselbestände; sie war in beiden Fällen doppelt so hoch wie 1959.

Die Barreserve (Kasse, Bundesbank- und Postscheckguthaben) betrug am Ende des Berichtsjahres 322 Mill. DM (+ 71 Mill. DM); hierin waren 288 Mill. DM Guthaben bei der Deutschen Bundesbank enthalten (+ 70 Mill. DM). Die Steigerung ergab sich ausschließlich aus dem Erfordernis der erhöhten Mindestreservehaltung. Noch größer war der Zugang bei den Wechselbeständen (+ 81 Mill. DM); die Banken verfügten somit über ein Portefeuille von 375 Mill.

Tab. 11 Die Liquiditätsreserven
der Kreditinstitute (ohne Großbanken)

Stand am Jahres- ende	Ins- gesamt	davon				außer- dem No- stro- gut- haben
		Bar- re- serve ¹	Wech- sel- be- stände	Wert- pa- pierre ²	Schatz- wech- sel ³	
1957	627	235	229	144	19	305
1958	761	215	253	256	37	296
1959	932	251	294	356	31	322
1960	1 090	322	375	361	32	372

1) Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben 2) inländische und ausländische Emissionen einschl. Kassenobligationen
3) Schatzwechsel inländischer und ausländischer öffentlicher Stellen

DM. Die regelmäßig in den letzten Wochen vor dem Bilanzstichtag auftretende Bestandsausweitung dürfte auch diesmal auf die Gepflogenheit der Kreditinstitute, in ihren Abschlüssen möglichst hohe flüssige Mittel auszuweisen, zurückzuführen sein. Sehr stark ging der Erwerb von Wertpapieren zurück. Hatten die Institute im Vorjahr noch 100 Mill. DM übernommen, so stellte sich 1960 der Zugang nur noch auf 5 Mill. DM (Bestand Ende 1960: 361 Mill. DM). Die ins Gewicht fallende Liquiditätsbelastung durch die Mindestreserven und die Kapitalmarktentwicklung ließen es angezeigt erscheinen, auf eine Wertpapieranlage größeren Stils zu verzichten. Ebenso blieb die Zunahme von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen völlig bedeutungslos. Außer diesen liquiden Mitteln besaßen die Institute noch Guthaben bei anderen Banken (Nostroguthaben) im Betrag von 372 Mill. DM.

Neben dem gestiegenen Eigenkapital und einem Teil der Einlagenzuflüsse standen zur Finanzierung der längerfristigen Ausleihungen den kreditgebenden Banken noch 2,4 Mrd. DM aufgenommene Fremdmittel zur Verfügung, das sind 262 Mill. DM = 12% mehr als Ende 1959. Die Schrumpfung des langfristigen Kredits und die Minderung des Zuflusses langfristiger Gelder hatte seinen Grund in der Kapitalmarktlage. Die Unterbringung von Schuldverschreibungen der schleswig-holsteinischen Emissionsinstitute erbrachte nur eine bescheidene Erhöhung des Umlaufs um 78 Mill. DM = 14% auf 635 Mill. DM. Der starke Rückgang des Absatzes an festverzinslichen Wertpapieren hing mit dem veränder-

Tab. 12 Langfristige Mittel
(mit durchlaufenden Krediten)

Stand am Jahres- ende	Ins- gesamt	davon				
		Schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf ¹	Darlehen der Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Dar- lehen anderer Kredit- institute	Dar- lehen öffent- licher Stellen	Darlehen von Wirt- schaft und Privaten
1957	1 595	301	146	628	398	122
1958	1 823	390	158	687	439	149
1959	2 152	557	168	781	487	159
1960	2 414	635	187	853	556	183

1) ohne eigene Schuldverschreibungen im Bestand

ten Verhalten der Kreditinstitute als der maßgeblichen Gruppe der Kapitalanleger zusammen.

Die Aufnahme langfristiger Darlehen bei zentralen Kreditinstituten wurde in etwa dem gleichen Umfang wie im Vorjahr um 160 Mill. DM ausgedehnt. Davon stammten von der Kreditanstalt für Wiederaufbau 19 Mill. DM, von anderen zentralen Instituten 72 Mill. DM und von öffentlichen Stellen 69 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr war eine Gewichtsverschiebung zu den öffentlichen Mitteln zu erkennen, die wahrscheinlich auf die Durchführung des "Grünen Plans" und die Förderung der ländlichen Siedlung zurückzuführen sein dürfte. Von privaten Versicherungsgesellschaften waren 24 Mill. DM zugeflossen.

Zur Durchführung der gesamten mittel- und langfristigen Ausleihungen (einschl. Ausleihungen an die öffentliche Hand und an Kreditinstitute) im Betrage von 3 230 Mill. DM hatten die Banken somit insgesamt 2 414 Mill. DM langfristige Mittel aufgenommen. Die Entwicklung der letzten Jahre, daß der Anteil der aus dem eigenen Geschäft stammenden Geldkapitalien der schleswig-holsteinischen Kreditinstitute am Volumen der längerfristigen Ausleihungen wächst, hat sich auch 1960 fortgesetzt. Das Verhältnis der aufgenommenen langfristigen Fremdmittel zu den eigenen Mitteln und den Einlagen verbesserte sich weiter auf 75 : 25 (1959: 76 : 24).

Vergleiche auch: "Kredite und Einlagen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im Jahre 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 157 (Juli)

Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein

Entwicklung 1960

Am Jahresende registrierten die schleswig-holsteinischen Amtsgerichte in ihren Handelsregistern 1 056 Kapitalgesellschaften, deren Nominalkapital sich auf knapp 500 Mill. DM belief. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres hat sich das Nominalkapital um 91 Mill. DM oder 23% erhöht. Die Zahl der Kapitalgesellschaften nahm nur geringfügig, und zwar um 16 zu. Außerdem bestand noch eine Aktiengesellschaft, die ihr Grundkapital (3 Mill. Reichsmark) noch immer nicht auf Deutsche Mark umgestellt hatte.

Knapp die Hälfte des gesamten Nominalkapitals wurde von 66 Aktiengesellschaften gehalten. Im Laufe des Jahres 1960 wuchs das Grundkapital aller registrierten Aktiengesellschaften um 50 Mill. DM oder 31% auf 214 Mill. DM. Der Zuwachs beruht zur Hauptsache auf durchgeführten Kapitalerhöhungen, die in 18 Fällen mit zusammen 48 Mill. DM ermittelt wurden. Kapitalherabsetzungen kamen demgegenüber selten vor, und zwar in 3 Fällen mit insgesamt 1,3 Mill. DM. Das durchschnittliche Grundkapital erhöhte sich von Ende 1959 bis Ende 1960 um 600 000 DM auf 3,2 Mill. DM.

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung wiesen am Jahresende 1960 insgesamt 278 Mill. DM Stammkapital nach, das waren 41 Mill. DM oder 17% mehr als am Ende des Vorjahres. Die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung hat sich per Saldo nur um 13 erhöht. In diesem Saldo kommen aber die zum Teil lebhaften Bewegungen innerhalb des Jahres nicht zum Ausdruck. Veränderungen bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung beruhten in 109 Fällen mit 51 Mill. DM auf Zugängen, darunter waren - wie bei den Aktiengesellschaften - die durchgeführten Kapitalerhöhungen (72 Fälle

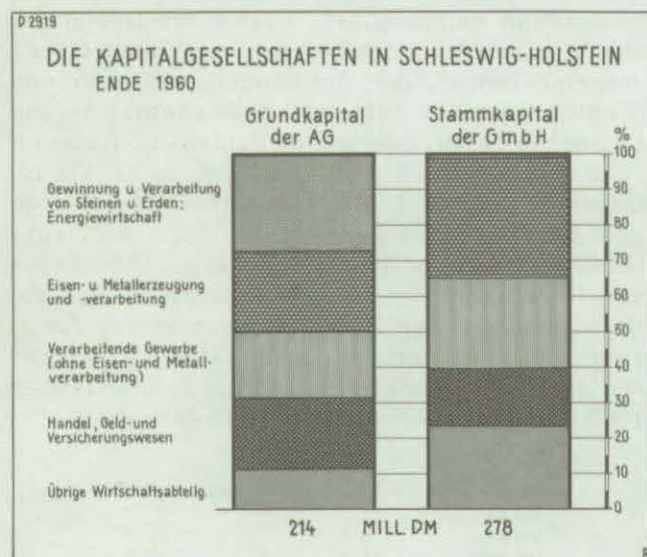
mit zusammen 42 Mill. DM) von entscheidendem Gewicht. Auf der anderen Seite waren die Abgänge zahlenmäßig nicht viel weniger häufig: Es wurden insgesamt 96 Abgänge mit 10 Mill. DM Kapitalsumme festgestellt. Der größte Teil der Abgänge ist durch Umwandlungen verursacht worden, 62 Gesellschaften m. b. H. mit 6,1 Mill. DM Stammkapital schieden dadurch aus. 35 von ihnen gaben die Rechtsform der G. m. b. H. auf, indem sie ihr Vermögen (3,2 Mill. DM Stammkapital) auf eine neugegründete Personengesellschaft übertrugen (sogenannte errichtende Umwandlung). In 4 Fällen wurden Kapitalherabsetzungen mit zusammen 1 Mill. DM vorgenommen. Das durchschnittliche Stammkapital stieg von 243 000 DM (Ende 1959) auf 281 000 DM.

Vergleichbare Aktiengesellschaften 1955 und 1960

Über die echten Kapitalveränderungen von Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein im Laufe eines größeren Zeitraums konnten durch eine besondere Untersuchung der Aktiengesellschaften, die von 1955 bis 1960 unverändert bestanden, Aussagen gewonnen werden. Dabei wurden 57 vergleichbare Aktiengesellschaften von insgesamt 66 Aktiengesellschaften am 31. 12. 1960 festgestellt. Diese vergleichbaren Gesellschaften hatten ein Grundkapital (am 31. 12. 1960) von 203 Mill. DM. Gegenüber dem 31. 12. 1955 haben diese Aktiengesellschaften ihr Grundkapital um 73 Mill. DM (56%) erhöht!

Tab. 1 Vergleichbare Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftsabteilungen 1955 und 1960

Wirtschaftsabteilung	Anzahl	Grundkapital				
		am 31.12.1955		am 31.12.1960		Veränd. geg. 1955 in %
		1 000 DM	%	1 000 DM	%	
Insgesamt	57	130 174	100	203 196	100	+ 56
davon						
Fischerei, Land-, Forst- u. Jagdwirtschaft	1	420	0	336	0	- 20
Steine und Erden, Energiewirtschaft	2	21 008	16	58 008	29	+ 176
Eisen- u. Metallerzeugung und -verarbeitung	6	36 000	28	48 200	24	+ 34
Verarb. Gewerbe (ohne Eisen- u. Metallverarb.)	19	28 678	22	36 557	18	+ 27
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	1	2 500	2	2 500	1	-
Handel, Geld- und Versicherungswesen	12	19 940	15	36 050	18	+ 81
Dienstleistungen	4	4 136	3	3 229	2	- 22
Verkehrswirtschaft	11	17 189	13	18 013	9	+ 5
Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	1	304	0	304	0	-



Die Kapitalentwicklung dieser "konstanten" Gesellschaften war recht unterschiedlich, sobald man die Gesellschaften in ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftsabteilungen betrachtet. Die kräftigste Kapitalvermehrung (+ 176%) ergab sich bei Gesellschaften der Wirtschaftsabteilung Steine, Erden, Energiewirtschaft. Erheblich (+ 81%) nahm auch das Grundkapital im Handel, Geld- und Versicherungswesen zu. Demgegenüber verminderte sich das Grundkapital der Aktiengesellschaften, die Dienstleistungen auf den Markt brachten, um gut ein Fünftel. In etwa dem gleichen Ausmaß verminderte sich auch das Grundkapital einer Aktiengesellschaft im Bereich der Agrarwirtschaft.

Die Aufgliederung nach einem anderen Merkmal, und zwar nach der Kapitalgrößenklasse, zeigt die erwartete Kapitalmassierung bei wenigen Gesellschaften mit mehr als einer Million DM Grundkapital. Am 31. 12. 1955 entfielen auf die Großunternehmen 87% des Grundkapitals aller Aktiengesellschaften, die bei den Amtsgerichten Schleswig-Holsteins registriert waren, 5 Jahre später belief sich der Anteil der Großunternehmen bereits auf 92%.

Aus Tabelle 2 ergibt sich auch ein Anhalt für das im Laufe der letzten Jahre vor sich gegangene Hineinwachsen in höhere Kapitalgrößenklassen. Läßt man die beiden untersten Kapitalgrößenklassen bei dieser Betrachtung unberücksichtigt, dann haben alle Gesellschaften, die zwischen 100 000 und 1 Mill. DM Grundkapital

Tab. 2 Vergleichbare Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein nach Kapitalgrößenklassen 1955 und 1960

Kapitalgrößenklasse DM	Anzahl		Grundkapital				
	1955	1960	am 31.12.1955		am 31.12.1960		Ver- änd. geg. 1955 in %
			1 000 DM	%	1 000 DM	%	
bis 50 000	1	-	50	0	-	-	.
50 000 - 100 000	1	2	100	0	200	0	+ 100
100 000 - 200 000	3	3	483	0	384	0	- 21
200 000 - 500 000	15	14	5 752	4	5 368	3	- 7
500 000 - 1 Mill.	13	12	10 015	8	9 539	5	- 5
1 Mill. - 3 Mill.	12	14	18 658	14	26 790	13	+ 44
3 Mill. - 10 Mill.	9	8	44 616	34	60 416	30	+ 35
über 10 Mill.	3	4	50 500	39	100 500	49	+ 99
Insgesamt	57	57	130 174	100	203 196	100	+ 56

nachwiesen, in der absoluten Höhe des Grundkapitals Einbußen erlitten; alle Gesellschaften, die 1 Mill. DM und mehr Kapital nachwiesen, hatten dagegen bemerkenswerte Zuwachsraten, die zwischen 35 und nahezu 100% liegen, aufzuweisen. Das durchschnittliche Nominalkapital aller 57 vergleichbaren Aktiengesellschaften erhöhte sich von 2,3 Mill. DM am 31. 12. 1955, auf 3,6 Mill. DM bis zum Jahresende 1960.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 118 (Mai) und "Die Kapitalgesellschaften im Jahr 1960" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 170 (März)

Die Viehbestände 1960

Im Verlauf des Jahres 1960 entwickelten sich die Bestände der einzelnen Nutztvieharten in der bereits in den Vorjahren eingeschlagenen Grundrichtung. Der Rinderbestand wurde weiter vergrößert. Außerdem gab es an allen vier Viehzählungsterminen (im März, Juni, September und Dezember) mehr Schweine als zum entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres. Dagegen wurde die Schafhaltung im Sommer und Winter weiter etwas eingeschränkt. Auch der Pferdebestand wurde bis Dezember 1960 nochmals um 20% vermindert. Damit haben sich die Anteile der einzelnen Vieharten am Gesamtbestand sehr verschoben.

Tab. 1 Der Viehbestand 1951 und 1960

Jahr	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
	1 000 Großvieheinheiten			
1951	181	725	13	168
1960	59	813	10	212

Der Bestandsabbau bei den Pferden wurde - nur bei Betrachtung des Dezemberbestandes - erst seit 1956 durch die vermehrte Rinderhaltung weitgehend kompensiert, so daß der Bestandsabbau bei den Rauhfutter verwertenden Großvieheinheiten (RGV), bei Rindern, Pferden und Schafen, damals zum Stillstand kam. Anfang Dezember 1960 gab es in Schleswig-Holstein rund 883 000 RGV und damit 3% mehr als im Dezember 1956. Die Hauptfutterfläche wurde gegenüber 1956 eingeschränkt. Auf 1 RGV entfielen 1956 77 ar Hauptfutterfläche, 1960 dagegen 73 ar. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Haltungsdauer der Tiere bei vermehrter Jung-rindermast kürzer geworden ist. In den verschiedenen Naturräumen des Landes bestanden 1960 bemerkenswerte Unterschiede:

Marsch	80 ar Hauptfutterfläche je RGV
Hohe Geest	77 " " " "
Vorgeest	79 " " " "
Hügelland	65 " " " "

Die Rinderhaltung

Im Jahre 1960 wurden wieder mehr Rinder gehalten als 1959. Bei der allgemein üblichen Weidehaltung ist der Bestand im Sommer naturgemäß größer als im Winter. Anfang Juni gab es rund 1,319 Mill. und Anfang Dezember rund 1,219 Mill. Rinder.

Nach der Weideperiode werden viele Mastrinder verkauft, so daß sich die Verteilung des Rinderbestandes auf die verschiedenen Altersgruppen jahreszeitlich ändert.

Tab. 2 Der Rinderbestand 1960

Gattung	Anteil am Gesamtrinderbestand	
	Juni	Dezember
	in %	
Kälber	12	13
Jungvieh		
davon		
3 Monate - 1 Jahr alt		
männlich	9	10
weiblich	12	14
1 - 2 Jahre alt		
männlich	7	6
weiblich	15	14
2 Jahre alte und ältere Rinder		
davon		
Zuchtbullen	0,21	0,18
männliche Schlacht- und Masttiere	3	1
Färsen	7	5
Milchkühe	34	38
Schlacht- und Mastkühe	1	0

Im Sommer treten die Masttierjahrgänge stärker hervor als im Winter. Die Milchkühe stellen jedoch auch im Sommer den Hauptanteil.

Anfang Juni 1960 wurden 451 000 und im Dezember sogar 460 000 Milchkühe gehalten. Im Verlauf des Jahres 1960 wurde die Tbc-Ausmerzung unter den Rindern weitgehend abgeschlossen und Anfang Dezember gab es gut 18 600 Milchkühe mehr als zur gleichen Zeit 1959. Mit dem Dezemberergebnis 1960 wurde der Stand vom Dezember 1953, also vor Beginn der geförderten Tbc-Tilgung, fast wieder erreicht.

Die Milchviehhaltung hatte mit 46% im Dezember 1950 einen wesentlich größeren Anteil an der Rinderhaltung als heute. Neben der Milchgewinnung, die sich von 1,56 Mill. t 1950 auf 1,75 Mill. t 1960 erhöhte, gewann aber die Rindfleischherzeugung ständig stärkere Beachtung, sodaß immer mehr Mastrinder aufgestellt wurden. Dabei wird heute die intensive Jungrindermast vielfach bevorzugt. Im Dezember 1950 hatte das männliche Jungvieh von 3 Monaten bis 2 Jahren nur einen Anteil am Rinderbestand von 8%, im Dezember 1960 dagegen von 15%.

Dem männlichen Zuchtvieh kommt bei der weit verbreiteten künstlichen Besamung zahlenmäßig nur eine geringe Bedeutung zu, so daß es sich beim männlichen Jungvieh fast ausschließlich

um Masttiere handelt. Auch das weibliche Jungvieh dient vielfach nicht der Bestandserhaltung oder -vermehrung und später der Milcherzeugung, sondern lediglich der Fleischerzeugung. Die Schlachtungen von weiblichen Rindern über 3 Monate bis zum 1. Kalb aus der hiesigen Landwirtschaft erreichten in Schleswig-Holstein 1960 fast das Doppelte von 1950. Damals lag das Durchschnittsschlachtgewicht der gewerblich geschlachteten Tiere bei 193 kg und 1960 bei 206 kg.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat die Weidemast von 2- und mehrjährigen Ochsen in Schleswig-Holstein recht große Bedeutung. Im Juni 1960 gab es über 45 000 Schlacht- und Mastochsen, die im Herbst zum größten Teil auf den Markt gekommen sein dürften. Das ist fast ein Viertel mehr als im Vorjahr. In der Ochsenhaltung des Landes herrscht ein ausgeprägter Saisonrhythmus vor, so daß im Dezember nur 13 000 Tiere in den Ställen standen. Das sind 13% mehr als im Dezember des Vorjahres.

Der Kälberbestand blieb im Juni 1960 5% unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Dagegen gab es im Dezember mit 162 000 Kälbern einen im letzten Jahrzehnt zu diesem Zeitpunkt nicht erreichten Stand. Im Dezember 1950 wurden nicht einmal halb soviel Kälber gehalten. Damals wurden aber im Jahr auch rund zweieinhalbmals soviel Kälber geschlachtet wie 1960, obwohl der Milchviehbestand nicht ganz so groß war wie heute. Der Anteil der Kälber, die in die nächst höhere Altersgruppe hineinwachsen, ist heute viel größer als vor 10 Jahren. Außerdem haben sich die Kalbetermine seitdem in vielen Betrieben mehr und mehr vom Frühjahr in den Herbst verlagert.

Die Schweinehaltung

Die nach kurzer Unterbrechung bereits nach Mitte 1959 wieder einsetzenden Auftriebstendenzen in der Schweinehaltung blieben auch 1960 bestehen. Mit 1,424 Mill. Schweinen wurde im September ein neuer Nachkriegshöchststand erreicht. Das Dezemberergebnis lag mit 1,414

Tab. 3 Der Schweinebestand 1959 und 1960

Gattung	Dezember		Veränd. in %
	1959	1960	
	in 1 000		
Ferkel	405	442	+ 9
Jungschweine	628	668	+ 6
Schlacht- und Mastschweine			
1/2 Jahr und älter	156	146	- 7
Zuchtsauen	135	154	+ 14
davon			
trächtig	86	97	+ 13
nicht trächtig	49	56	+ 14
Eber	4	5	+ 6
Schweine insgesamt	1 328	1 414	+ 6

Mill. Schweinen nur wenig darunter und übertraf das entsprechende Vorjahresergebnis um 6%. An dieser Bestandsvergrößerung waren alle Gruppen bis auf die schweren Schlacht- und Mastschweine beteiligt.

Dementsprechend war das Schlachtviehaufkommen an Schweinen 1960 fast 10% höher als im Vorjahr. Das Durchschnittsschlachtgewicht ist auf 87 kg gesunken. Der Anteil der schweren Schlacht- und Mastschweine, der Anfang Dezember immer relativ hoch ist, betrug 1960 nur noch 10%. Das Zahlenverhältnis Schlachtschweine (mindestens 6 Monate alt) : Jungschweine (bis 6 Monate alt) hatte sich an allen vier Zählungsterminen zugunsten der Jungschweine verschoben:

	Jungschweine je Schlachtschwein			
	März	Juni	September	Dezember
1959	4,7	6,0	5,1	4,0
1960	5,1	7,2	6,2	4,6

Die Haltung der Schlachtschweine ist offenbar weiter verkürzt worden.

Bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche hat sich der Schweinebesatz nunmehr auf 119 Schweine je 100 ha LN erhöht. Auch die Schweinehalter in der Marsch haben ihre Bestände vergrößert. Dennoch wird hier bei weitem nicht die Besatzdichte des Hügellandes erreicht:

	Schweine je 100 ha LN		Veränderung in %
	1951	1960	
Marsch	68	89	+ 31
Hohe Geest	102	119	+ 17
Vorgeest	88	120	+ 36
Hügelland	99	130	+ 31
Schleswig-Holstein	94	119	+ 27

Neben der für die künftige Fleischversorgung wichtigen Gruppe wie Jungschweine und Ferkel, waren die Zuchtsauenbestände bei allen Zählungen 1960 größer als zum entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres. Der Vorsprung stieg bis zum Jahresende an. Mit 154 000 Sauen Anfang Dezember 1960 wurden rund 18 000 Sauen mehr gehalten als zur gleichen Zeit 1959. Gut 63% dieser Sauen waren tragend. Ihr Anteil war damit größer als Ende 1958 und ebenso groß wie 1959. Der tragende Jungsaubestand erreichte z. T. ebenso beachtliche Größenordnungen wie zu Beginn dieses Jahrzehnts, also zur Zeit des stürmischen Bestandsaufbaues um 1950, so daß in absehbarer Zeit noch mit einem hohen Schweineangebot gerechnet werden muß.

Die Schafhaltung

Die Schafhaltung wurde 1960 noch etwas stärker eingeschränkt als im Vorjahr, so daß im Juni 175 000 und im Dezember 105 000 Schafe im Land gehalten wurden. Hiervon waren alle Gruppen bis auf einjährige und ältere Hammel und nicht zur Nachzucht bestimmte Schafe im De-

zember betroffen. Mit 66 000 Tieren erreichten die weiblichen Zuchtschafe (1 Jahr und älter) das Dezemberergebnis 1959 etwa zu 93%. Das wird sich auf die Nachzucht auswirken. Im Gegensatz zum Juni des Vorjahres war die Schafhaltung zur gleichen Zeit 1960 auch in der Marsch etwas kleiner. Sie umfaßte hier im Juni 1959 127 000 Tiere und 1960 120 000 Tiere. Im Dezember war der Rückgang relativ noch größer. In der Marsch wurden Anfang Dezember 1960 8% weniger weibliche Zuchtschafe gehalten als vor einem Jahr.

Die Pferdehaltung

Anfang Dezember 1960 gab es in Schleswig-Holstein 46 000 Pferde. Das ist wieder ein Fünftel weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Nach dem Kriege begann die Landwirtschaft etwa 1950 die Pferdehaltung stärker einzuschränken. Die jährlichen Abnahmeraten lagen ab 1955 nicht mehr so hoch wie zu Beginn des Jahrzehnts; dagegen haben sie sich in den letzten beiden Jahren wieder kräftig erhöht:

	Jährliche Abnahme	
	in 1 000	in %
1950	13	7
1951	20	12
1952	14	9
1953	12	9
1954	15	12
1955	9	8
1956	11	11
1957	7	8
1958	8	10
1959	14	20
1960	11	20

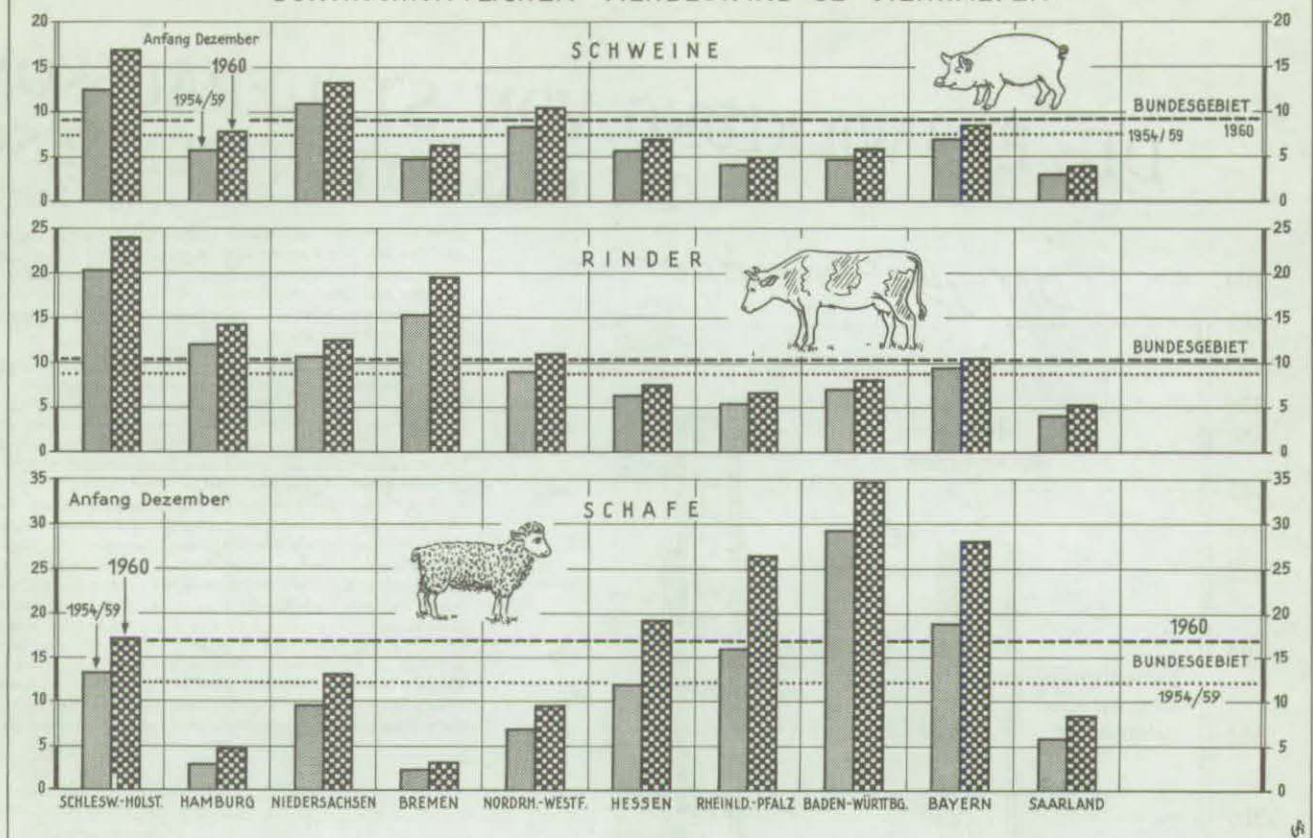
Bei den Nachwuchsjahrgängen wurde der Vorjahresbestand Anfang Dezember 1960 z. T. noch wesentlich stärker unterschritten als bei den übrigen Jahrgängen, so daß mit einem weiteren Bestandsabbau gerechnet werden muß.

Von den jeweils in den Vorjahren geborenen Fohlen waren nach 3 bis 4 Jahren, wenn man beginnt, die Pferde anzuspannen, nur noch rund 45% vorhanden:

	Fohlen unter 1 Jahr alt		Jungpferde 3 - 4 Jahre alt
1955	5 297	1958	2 637
1956	4 896	1959	2 359
1957	4 753	1960	1 956

Unter der Voraussetzung, daß die Arbeitspferde ein Durchschnittsalter von 15 Jahren erreichen und sich etwa gleichmäßig auf die einzelnen Jahrgänge verteilen, müßten im Dezember 1960 bei den gegebenen Umständen etwa 3 400 Pferde mit 3 bis 4 Jahren, über 7 000 Fohlen und mehr Pferde in den übrigen Nachwuchsjahrgängen vorhanden gewesen sein, um die gegenwärtige Bestandsgröße an Arbeitspferden zu erhalten. Tatsächlich wurden Anfang Dezember 1960 nur rund 1 800 Fohlen gehalten.

DURCHSCHNITTLICHER VIEHBESTAND JE VIEHHALTER



Bundesvergleich

Schleswig-Holstein hatte 1960 einen Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Bundesgebietes von 8,3%. In der Viehhaltung lagen diese Anteile mit Ausnahme der Pferde höher (Dezember 1960):

Rinder	9,5
darunter Kühe ¹	9,0
Schweine	9,0
darunter Zuchtsauen	10,3
Schafe	10,1
Pferde	6,5

Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern kamen in Schleswig-Holstein auf den einzelnen Halter weitaus die meisten Rinder (24; Bund: 10). Kälber (10,9%) und männliches Jungvieh (12,9%) hatten einen höheren Bundesanteil als das Milchvieh in Schleswig-Holstein. Die Jungrindermast ist hier also relativ stark verbreitet. Demgegenüber gab es in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten praktisch keine Zugkühe, während 1960 in Bayern noch 281 000, in Baden-Württemberg 165 000 und auch in anderen Bundesländern Kühe zur Arbeit eingesetzt wurden.

Ein wichtiger Zweig der schleswig-holsteinischen Rinderhaltung ist die Ochsenmast auf der Weide. Anfang Juni 1960 wurde gut ein Viertel aller 2- und mehrjährigen Ochsen des Bundes in Schleswig-Holstein gehalten. Nur Niedersachsen hatte mit 34% einen höheren Anteil.

1) ohne Zugkühe

Tab. 4 Mastochsen und -bullen (2 Jahre alt und älter) 1960

Land	Mastochsen und -bullen	
	Juni	Dezember
	in 1 000	
Schleswig-Holstein	45,1	13,3
Niedersachsen	60,0	41,7
Nordrhein-Westfalen	17,6	18,4
Hessen	4,2	7,4
Rheinland-Pfalz	6,5	8,6
Baden-Württemberg	13,2	13,2
Bayern	27,7	24,6
Saarland	0,2	0,4

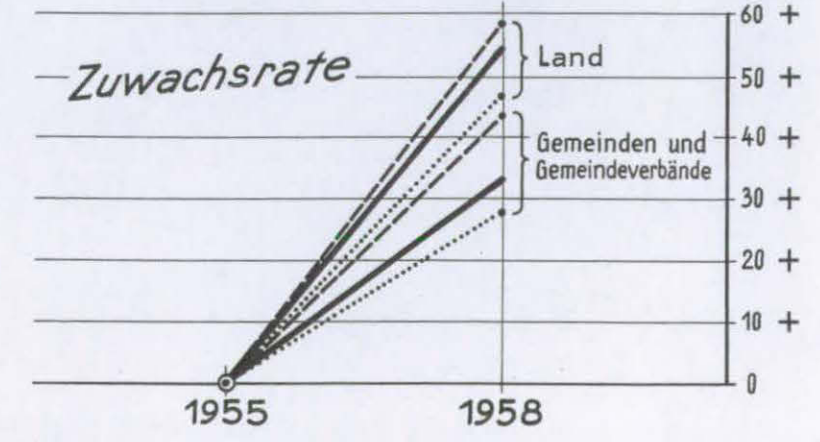
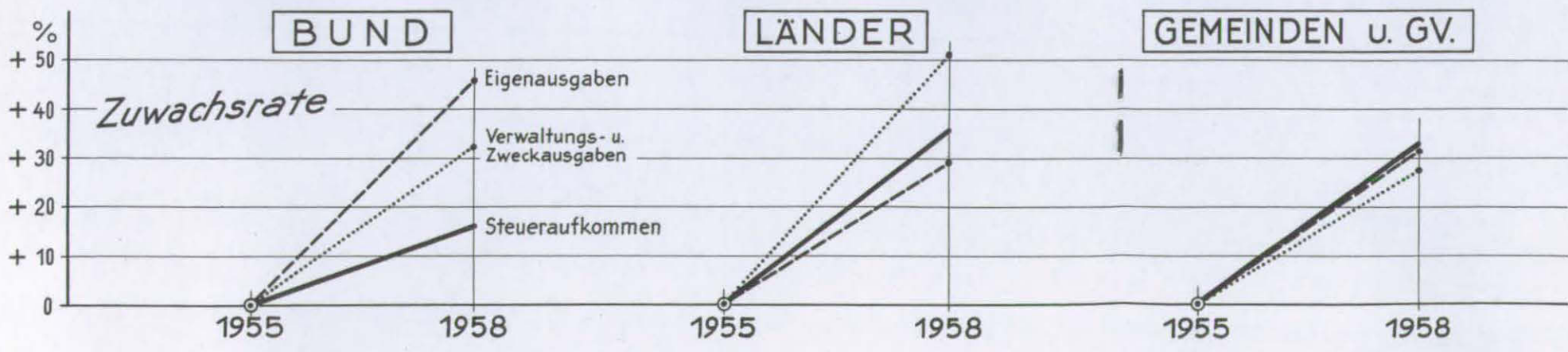
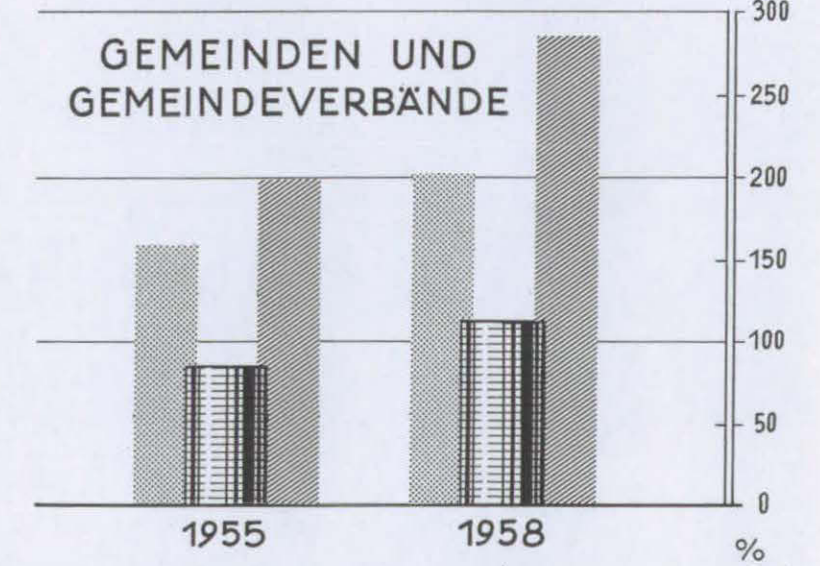
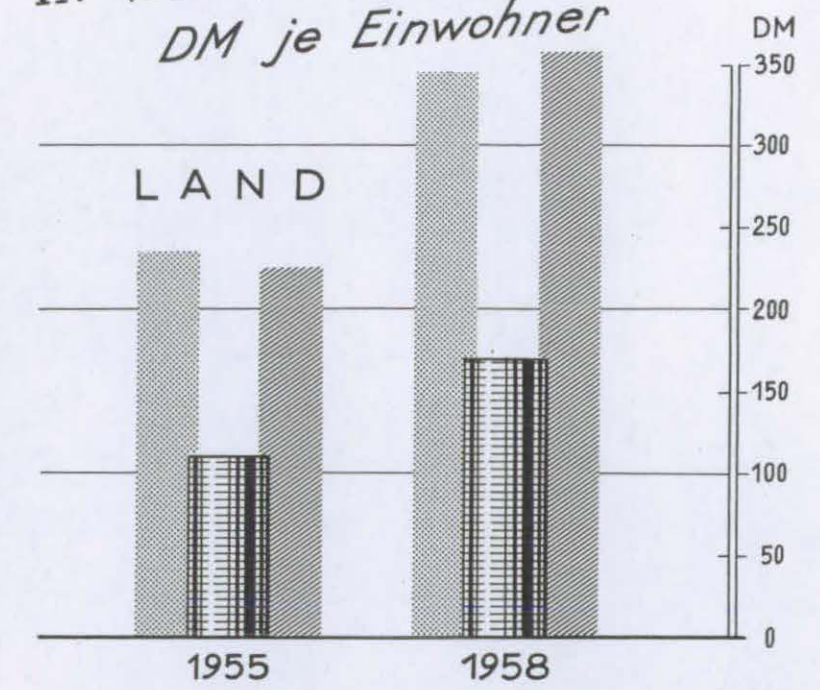
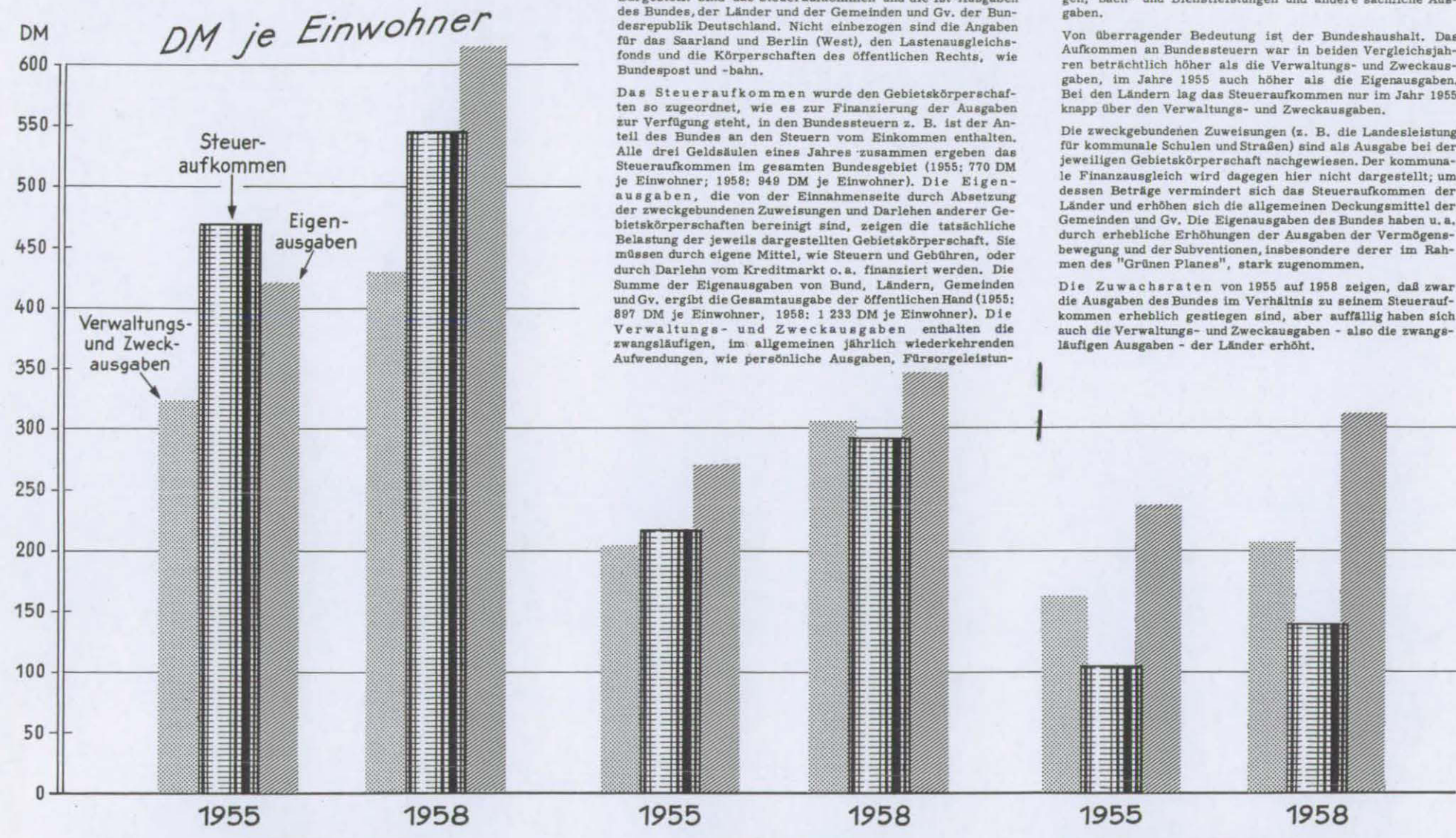
Andere Bundesländer kennen den ausgeprägten Saisonrhythmus, der in der schleswig-holsteinischen Ochsenhaltung vorherrscht, nicht, da der Endmastabschnitt hier vielfach bei Stallhaltung und anderer Futtergrundlage in die Wintermonate fällt.

Der Schweinebestand setzt sich in Schleswig-Holstein ebenfalls etwas anders zusammen als im Bundesgebiet. Die hiesigen Schlacht- und Mastschweine (ein halbes Jahr und älter) stellten im Dezember nur 5,2% des Bundesbestandes. Die Mast schwerer Schweine ist also im übrigen Bundesgebiet weiter verbreitet als bei uns. Doch ist auch dort der Anteil dieser Schweine am Gesamtbestand kleiner als 1955:

	Dezemberzählung	1955	1960
Schleswig-Holstein		16	10
Bundesgebiet ohne Berlin		24	18

DIE ENTWICKLUNG VON STEUERAUFKOMMEN UND AUSGABEN IM GESAMTEN BUNDESGBEIT ohne Saarland und Berlin (West)

IN SCHLESWIG-HOLSTEIN DM je Einwohner



Dargestellt sind das Steueraufkommen und die Ist-Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gv. der Bundesrepublik Deutschland. Nicht einbezogen sind die Angaben für das Saarland und Berlin (West), den Lastenausgleichsfonds und die Körperschaften des öffentlichen Rechts, wie Bundespost und -bahn.

Das Steueraufkommen wurde den Gebietskörperschaften so zugeordnet, wie es zur Finanzierung der Ausgaben zur Verfügung steht, in den Bundessteuern z. B. ist der Anteil des Bundes an den Steuern vom Einkommen enthalten. Alle drei Geldsäulen eines Jahres zusammen ergeben das Steueraufkommen im gesamten Bundesgebiet (1955: 770 DM je Einwohner; 1958: 949 DM je Einwohner). Die Eigenausgaben, die von der Einnahmenseite durch Absetzung der zweckgebundenen Zuweisungen und Darlehen anderer Gebietskörperschaften bereinigt sind, zeigen die tatsächliche Belastung der jeweils dargestellten Gebietskörperschaft. Sie müssen durch eigene Mittel, wie Steuern und Gebühren, oder durch Darlehn vom Kreditmarkt o. a. finanziert werden. Die Summe der Eigenausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Gv. ergibt die Gesamtausgabe der öffentlichen Hand (1955: 897 DM je Einwohner, 1958: 1 233 DM je Einwohner). Die Verwaltungs- und Zweckausgaben enthalten die zwangsläufigen, im allgemeinen jährlich wiederkehrenden Aufwendungen, wie persönliche Ausgaben, Fürsorgeleistungen, Sach- und Dienstleistungen und andere sächliche Ausgaben.

Von überragender Bedeutung ist der Bundeshaushalt. Das Aufkommen an Bundessteuern war in beiden Vergleichsjahren beträchtlich höher als die Verwaltungs- und Zweckausgaben, im Jahre 1955 auch höher als die Eigenausgaben. Bei den Ländern lag das Steueraufkommen nur im Jahr 1955 knapp über den Verwaltungs- und Zweckausgaben.

Die zweckgebundenen Zuweisungen (z. B. die Landesleistung für kommunale Schulen und Straßen) sind als Ausgabe bei der jeweiligen Gebietskörperschaft nachgewiesen. Der kommunale Finanzausgleich wird dagegen hier nicht dargestellt; um dessen Beträge vermindert sich das Steueraufkommen der Länder und erhöhen sich die allgemeinen Deckungsmittel der Gemeinden und Gv. Die Eigenausgaben des Bundes haben u. a. durch erhebliche Erhöhungen der Ausgaben der Vermögensbewegung und der Subventionen, insbesondere derer im Rahmen des "Grünen Planes", stark zugenommen.

Die Zuwachsraten von 1955 auf 1958 zeigen, daß zwar die Ausgaben des Bundes im Verhältnis zu seinem Steueraufkommen erheblich gestiegen sind, aber auffällig haben sich auch die Verwaltungs- und Zweckausgaben - also die zwangsläufigen Ausgaben - der Länder erhöht.

Dieser Sachverhalt - in Schleswig-Holstein relativ schnellerer Umschlag - erklärt auch z. T. den hier relativ hohen Bestand an Zuchtsauen (10,3% des Bundesbestandes gegenüber 9,0% bei Schweinen insgesamt).

Im gesamten Bundesgebiet wurden im Dezember 1960 rund 1,035 Mill. Schafe gehalten. Das sind 5% weniger als im Dezember 1959. Schleswig-Holstein hatte im Vergleich zu den anderen Tierarten bei Schafen einen recht hohen Anteil am Bundesbestand. Er ist höher als im Durchschnitt der Jahre 1951 - 1955 (8,7%). Im Juni wurden 12,5% und im Dezember 12,2% aller weiblichen Zuchtschafe (1 Jahr und älter) in Schleswig-Holstein gehalten.

Im Gegensatz zur Schafhaltung war der Anteil des schleswig-holsteinischen Pferdebestandes vor einigen Jahren größer als heute, weil die Pferdehaltung in Schleswig-Holstein seit 1950 wesentlich stärker eingeschränkt wurde als in den übrigen Bundesländern. 1950 wurden ähnlich wie 1938 über 10% aller Pferde des Bundesgebietes in Schleswig-Holstein gehalten. Dem Land kam besonders früher als Pferde-zuchtgebiet naturgemäß große Bedeutung zu.

Rund 14% aller Hengste mit Deckerlaubnis A (A 1) und B (B 1) standen z. B. Anfang Mai 1938 hier.

Von Anfang Dezember 1950 bis 1960 war der hiesige Pferdebestand auf etwa ein Viertel zusammengeschrumpft, dagegen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg noch nicht auf die Hälfte. Im gesamten Bundesgebiet gehörten im Durchschnitt der Jahre 1953 - 1958 noch fast 50% aller Pferde zu den leistungsfähigsten Jahrgängen von 3 bis 9 Jahren. In Schleswig-Holstein und in anderen Ländern erreichte diese Gruppe 1960 nur noch etwa ein Drittel, in Baden-Württemberg nicht einmal 30%. Hier gab es mit 26% auch den höchsten Anteil 14 Jahre alter und älterer Pferde (Schleswig-Holstein 20%). Die durchschnittliche Bestandsgröße blieb in allen Bundesländern mit Ausnahme von Hamburg und Bremen 1960 unter zwei Pferden je Halter.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Die Viehbestände 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 131 (Juni) und "Der Viehbestand am 2. Dezember 1960" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 37 (Januar)

Die Leistungen der sozialen Krankenversicherung in Schleswig-Holstein

Allgemeines

Die Träger der sozialen Krankenversicherung unterscheidet man nach ihrem Zuständigkeitsbereich in landesunmittelbare und bundesunmittelbare Krankenkassen. Die landesunmittelbaren Krankenkassen haben nur in einem Bundesland Mitglieder und unterstehen dem zuständigen Landesversicherungsamt¹, während die bundesunmittelbaren Krankenkassen in mehreren Bundesländern Mitglieder haben und vom Bundesversicherungsamt beaufsichtigt werden.

Im Jahre 1959 gab es in Schleswig-Holstein 58 landesunmittelbare Krankenkassen mit insgesamt durchschnittlich 751 000 Mitgliedern. Annähernd 250 000 Einwohner Schleswig-Holsteins waren bei bundesunmittelbaren Krankenkassen versichert, reichlich drei Viertel davon bei Ersatzkassen für Angestellte.

In diesem Aufsatz werden nur die Leistungen der landesunmittelbaren Krankenkassen behandelt. Auf die Struktur ihrer Mitglieder braucht hier nur kurz eingegangen zu werden, da sie im vorigen Jahr ausführlich dargestellt wurde².

1) in Schleswig-Holstein Aufsichtsamt für Sozialversicherung; nicht zu verwechseln mit Landesversicherungsanstalt (LVA) für die Arbeiterrentenversicherung!

2) vergleiche: "Die Mitglieder in der sozialen Krankenversicherung" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 91 (April)

Drei Fünftel der 751 000 Mitglieder in den landesunmittelbaren Krankenkassen unseres Landes waren männlich; andererseits waren knapp drei Fünftel pflichtversicherte Arbeitnehmer, ein Viertel pflichtversicherte Rentner und 15% freiwillig Versicherte.

Auf die verschiedenen Kassenarten verteilten sich die Kassen und Versicherten folgendermaßen:

23 Ortskrankenkassen	hatten	623 000 Mitglieder
12 Landkrankenkassen	"	70 000 "
16 Betriebskrankenkassen	"	27 000 "
7 Innungskrankenkassen	"	32 000 "

Der bei weitem größte Teil der Mitglieder in der sozialen Krankenversicherung gehört einer Ortskrankenkasse an. In Schleswig-Holstein waren 1959 reichlich vier Fünftel aller Mitglieder der landesunmittelbaren Krankenkassen in einer der 23 Ortskrankenkassen des Landes versichert. Auf die Landkrankenkassen entfielen 9% und auf die Betriebs- und Innungskrankenkassen nur je 4% der Gesamtmitgliederzahl.

Die Anzahl der Krankenkassen ist in den drei Jahren von 1957 bis 1959 gleich geblieben. Der Mitgliederbestand hat geringfügig abgenommen.

Leistungsfälle und -tage

Die umfangreichste und wichtigste Aufgabe der sozialen Krankenkassen ist die sogenannte Krankenhilfe; dazu gehört vor allem das Zahlen des Krankengeldes an arbeitsunfähige Mitglieder sowie das Übernehmen der Kosten für ärztliche Behandlung, Krankenhausaufenthalt und Arzneimittel für erkrankte Mitglieder und Familienangehörige. In den letzten Jahren sind die Krankengeldzahlungen zum größten Ausgabenposten der landesunmittelbaren Krankenkassen angewachsen. Im Jahre 1956 hatten die Ausgaben für die ärztliche Behandlung noch an erster Stelle gelegen. Jedenfalls sind Häufigkeit und Dauer der Erkrankungen der Versicherten und Mitversicherten entscheidende Faktoren für die Erfolgsrechnung der Krankenkassen.

Im Laufe des Jahres 1959 wurden den 58 Krankenkassen Schleswig-Holsteins annähernd 336 000 Arbeitsunfähigkeitsfälle gemeldet. Ein Arbeitsunfähigkeitsfall dauerte im Mittel 23 Tage. Die Zeitsumme, die die im Arbeitsprozeß stehenden Mitglieder arbeitsunfähig erkrankt waren, belief sich auf insgesamt 7,7 Millionen Tage. Für drei Viertel der Arbeitsunfähigkeitstage mußten die Krankenkassen Krankengeld zahlen. Die Ausgaben hierfür beliefen sich auf 55 Millionen DM. Im Schnitt wurde je Krankengeldtag ein Krankengeld von 10 DM gezahlt.

Von den 336 000 Arbeitsunfähigkeitsfällen waren 51 000 mit einer Einweisung in ein Krankenhaus verbunden. Der Krankenhausaufenthalt dauerte durchschnittlich 21 Tage. Die Zeitsumme, die kranke Mitglieder arbeitsunfähig im Krankenhaus weilten, betrug eine Million Tage.

Um die Bedeutung der Krankenhilfe der sozialen Krankenkassen voll zu würdigen, muß erwähnt werden, daß zu den Arbeitsunfähigkeitsfällen der im Beschäftigungsverhältnis stehenden Mitglieder noch die Krankheitsfälle der mitversicherten Familienangehörigen³ und der pflichtversicherten Rentner hinzukommen. Über die Zahl der Erkrankungen dieser Personen gibt es leider keine statistischen Unterlagen. Hier werden lediglich die Fälle gezählt, die zu einer Einweisung in eine Krankenanstalt führten.

Annähernd 37 000 Familienangehörige wurden 1959 auf Kosten der landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins in Krankenhäusern untergebracht; reichlich die Hälfte davon waren Kinder. Die durchschnittliche Verweildauer betrug 20 Tage. Die Krankenkassen hatten somit für 721 000 Verpflegungstage aufzukommen.

³) Versicherte, die mindestens drei Monate für den Fall der Krankheit in einer landesunmittelbaren Krankenkasse versichert waren, haben für ihre Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Kinder im gleichen Umfang wie Versicherte (§ 205 Reichsversicherungsordnung) Anspruch auf ärztliche Behandlung

Im gleichen Jahr waren in knapp 26 000 Fällen pflichtversicherte Rentner und deren Familienangehörige in Anstalten untergebracht worden. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer dieser Personen belief sich auf 26 Tage. Den Krankenkassen wurden insgesamt 674 000 Anstattstage berechnet.

Die Arbeitsunfähigkeitstage bei den landesunmittelbaren Krankenkassen in Schleswig-Holstein

	1958	1959
	1 000 Tage	
Wartetage	218	223
Krankengeldtage	5 722	5 608
Krankhaustage	1 159	1 048
Übrige Arbeitsunfähigkeitstage	672	828
Arbeitsunfähigkeitstage insgesamt	7 772	7 707

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage leicht vermindert. Während sich die Krankengeld- und Krankhaustage verringerten, nahmen die Wartetage - das sind die Tage, die am Anfang der Arbeitsunfähigkeit liegen und für die weder Krankengeld noch Krankhauspflege gewährt wird - und die übrigen Arbeitsunfähigkeitstage zahlenmäßig zu.

In 78 000 Fällen haben die landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins im Jahre 1959 ganz oder teilweise die Kosten für Zahnersatz getragen. In 56% der Fälle war die Leistung für Mitglieder, in 23% der Fälle für deren Familienangehörige, in 17% der Fälle für pflichtversicherte Rentenbezieher und -bewerber und 4% für deren Familienangehörige. Für Zahnersatz gaben die Krankenkassen im Laufe des Jahres insgesamt 5,5 Millionen DM aus.

Außer der Hilfe im Krankheitsfall gewähren die landesunmittelbaren Krankenkassen Genesendenfürsorge und vorbeugende Gesundheitsfürsorge. Nach schweren Krankheiten können die Patienten bis zu einem Jahr lang auf Kosten der Krankenkassen in Genesungsheimen untergebracht werden. 1959 gewährten die Krankenkassen insgesamt 1 100 Fälle in der Genesendenfürsorge. Der durchschnittliche Genesungsaufenthalt dauerte 28 Tage. Die Zahl der Leistungstage in der Genesendenfürsorge betrug insgesamt reichlich 30 000. Um einer Erkrankung vorzubeugen kann Versicherten mit einer labilen Gesundheit eine Erholungs- oder Kurverschickung verordnet werden. Bei der Erholungsverschickung soll allein der Milieu- und Klimawechsel die Besserung bringen, während bei der Kurverschickung außerdem Kurmittel (z. B. Bäder) eingesetzt werden. Im Laufe des Jahres 1959 wurden auf Kosten der landesunmittelbaren Krankenkassen unseres Landes insgesamt 5 300 Personen verschickt, annähernd sieben

Zehntel davon waren Kinder. Der Erholungs- oder Kuraufenthalt dauerte im Schnitt 35 Tage.

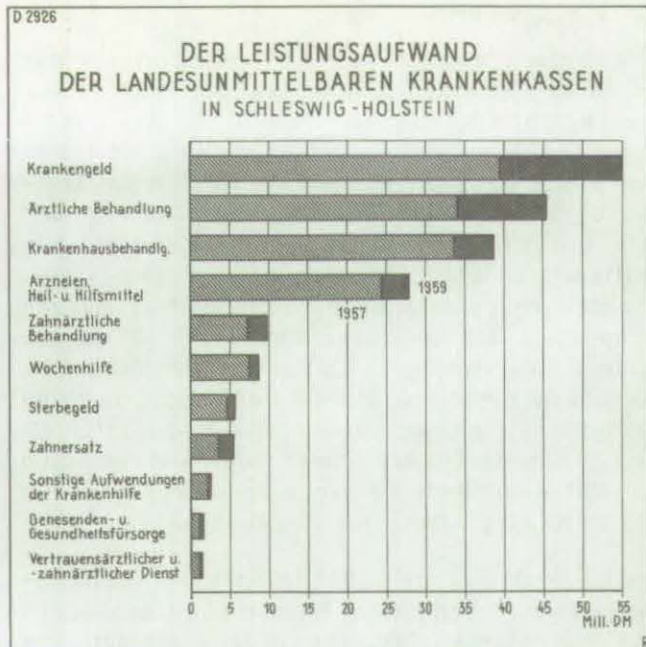
Den weiblichen Versicherten und anspruchsberechtigten Familienangehörigen wird im Falle einer Niederkunft die sogenannte Wochenhilfe gewährt. Zur Wochenhilfe gehören Hebammenhilfe, Arznei und kleinere Heilmittel, falls erforderlich ärztliche Behandlung, Wochengeld und Stillgeld. 1959 erhielten nahezu 21 000 Frauen in Schleswig-Holstein Wochenhilfe von einer landesunmittelbaren Krankenkasse; nicht ganz drei Fünftel davon waren mitversicherte Ehefrauen oder Töchter, 100 waren pflichtversicherte Rentenbezieherinnen oder -bewerberinnen und die restlichen zwei Fünftel waren weibliche Mitglieder. Im Laufe des Jahres 1958 hatte es etwa gleich viel Wochenhilfefälle gegeben wie 1959.

Stirbt ein Versicherter oder ein anspruchsberechtigtes Familienmitglied, so zahlt die Krankenkasse ein Sterbegeld. Vom Sterbegeld werden zunächst die Kosten der Bestattung bestritten und an den entrichtet, der die Bestattung besorgt hat. Bleibt ein Überschuß, so sind nacheinander der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister bezugsberechtigt, wenn sie mit dem Verstorbenen zur Zeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. 1959 zahlten die landesunmittelbaren Krankenkassen unseres Landes in annähernd 15 000 Fällen Sterbegelder aus; fast zwei Drittel aller Verstorbenen, für die ein Sterbegeld beansprucht wurde, waren Rentner und Familienangehörige von Rentnern. Ein Sterbegeld betrug im Mittel 380 DM. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Sterbegeldfälle um 4% abgenommen.

Leistungsaufwand

Die Gesamtausgaben der 58 landesunmittelbaren Krankenkassen unseres Landes beliefen sich im Jahre 1959 auf 214 Millionen DM; 202 Millionen DM davon machte der sogenannte Leistungsaufwand aus, die restlichen 12 Millionen DM entfielen auf die Verwaltungskosten (5,5%), den Vermögensaufwand und auf sonstige Aufwendungen. Gegenüber 1958 hat sich der Leistungsaufwand um fast 7% und gegenüber 1957 um reichlich ein Viertel erhöht.

Die nebenstehende Abbildung zeigt einerseits die Struktur des Leistungsaufwandes und andererseits, wie sich der Aufwand in den letzten Jahren verändert hat. Der größte Aufwandsposten sind, wie bereits erwähnt, die Barleistungen im Rahmen der Krankenhilfe, also für Kranken- und Krankenhausgelder. 1959 machten sie 27% des gesamten Leistungsaufwandes aus, 1957 hingegen nur 25%. An zweiter Stelle liegen die



Ausgaben für die ärztliche Behandlung, sie betragen 1959 reichlich 22% des gesamten Leistungsaufwandes. Dieser Anteil hat sich gegenüber 1957 nicht nennenswert verändert. Der drittgrößte Ausgabenposten der landesunmittelbaren Krankenkassen war die Krankenbehandlung in Krankenanstalten; er belief sich 1959 auf 19% des gesamten Leistungsaufwandes. Gegenüber 1957 hat sich sein Anteil um zwei Punkte vermindert. An vierter Stelle rangieren die Ausgaben für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel; für sie wurden 1959 insgesamt 28 Millionen DM von den Krankenkassen aufgewendet, das sind 14% des Leistungsaufwandes. Mit großem Abstand folgen dann die Ausgaben für die Behandlung durch Zahnärzte und für Wochenhilfe. Die entsprechenden Anteile am gesamten Leistungsaufwand betragen 1959 knapp 5% und reichlich 4%. Von 1957 bis 1959 haben sich die Ausgaben der Krankenkassen für die zahnärztliche Behandlung um gut ein Drittel - also überdurchschnittlich - erhöht. Damit rückten die Ausgaben für die zahnärztliche Behandlung an die fünfte Stelle vor, an der vorher der Aufwand für Wochenhilfe rangiert hatte.

Der Leistungsaufwand je Mitglied ist bei den vier Kassenarten verschieden hoch. Im Jahre 1959 betrug er bei den

Betriebskrankenkassen	363 DM
Ortskrankenkassen	271 DM
Innungskrankenkassen	256 DM
Landkrankenkassen	208 DM

Der geringere durchschnittliche Leistungsaufwand der Innungs- und Landkrankenkassen hängt u. a. damit zusammen, daß sich die auf dem Lande lebenden Arbeiter im Handwerk und vor allem die Landarbeiter relativ weniger krank

melden als die in der Stadt lebenden Industriearbeiter. Der Krankenstand⁴ ist jedenfalls bei den Innungskrankenkassen und besonders bei den Landkrankenkassen merklich niedriger als bei

den Orts- und Betriebskrankenkassen. So kamen 1959 im Schnitt auf 100 Mitglieder bei den

Betriebskrankenkassen	über vier arbeitsunfähig Kranke	"	"
Ortskrankenkassen	fast vier	"	"
Innungskrankenkassen	etwa drei	"	"
Landkrankenkassen	nur zwei	"	"

4) Unter Krankenstand versteht man die Anzahl der arbeitsunfähig gemeldeten Kranken je 100 Mitglieder

Dr. Enno Heeren

Kurzberichte

Die Ausländer in Schleswig-Holstein am 31. 12. 1960

In Schleswig-Holstein waren am Jahresende 1960 13 800 Ausländer polizeilich gemeldet. Am stärksten sind in Schleswig-Holstein nach den Staatenlosen die Dänen mit 2 000 Personen und die Polen mit 1 730 Personen vertreten. Aus den ehemaligen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen kommen 1 220 Ausländer.

Die Zahl der Ausländer ist seit der letzten Zählung am 31. 12. 1959 um rund 850 gestiegen. Im Jahr 1960 erhöhten sich besonders die Zahlen der Italiener um 280 Personen, der Spanier um 240 Personen und der Griechen um 210 Personen. Nennenswerte Zunahmen sind auch bei den Dänen mit 140 Personen und den Österreichern mit 80 Personen zu verzeichnen. Demgegenüber verringerten sich im gleichen Zeitraum die Zahlen der Staatenlosen um 160 Personen und der Niederländer um 100 Personen.

Von den Ausländern am 31. Dezember 1960 hatten 3 270 den Status des heimatlosen Ausländers. Von ihnen lebten mehr als ein Drittel in den sechs Ausländerlagern des Landes. Allein drei dieser Lager befinden sich in Lübeck, in denen 670 heimatlose Ausländer untergebracht sind. Weitere 230 heimatlose Ausländer leben in der Wrangelkaserne in Rendsburg und je 120 in den Lagern Spakenberg in Geesthacht und Am Wiexsberg in Neustadt (Holstein).

Am Jahresende 1960 kamen in Schleswig-Holstein auf 1 000 Einwohner 6 Ausländer. Dieser Anteil ist in den Kreisen des Landes jedoch recht unterschiedlich und schwankt zwischen 12 und 2 je Tausend. Die Stadt Flensburg, in der mehr als ein Drittel der 2 000 Dänen in Schleswig-Holstein leben, hat mit 12‰ den höchsten Ausländeranteil. Es folgen Lübeck und der Kreis Oldenburg mit je 9 Ausländern auf 1 000 Einwohner. Demgegenüber haben die Kreise Eiderstedt, Husum und Plön mit je 2‰ den geringsten Ausländeranteil. Einen sehr niedrigen Anteil haben auch die Kreise Norder- und

Ausländer in Schleswig-Holstein am 31. 12. 1960 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt — Landkreis	Ausländer			darunter aus	
	insgesamt		darunter heimatlose Ausländer	Dänemark	Osteuropa und Balkanländern
	Anzahl	je 1 000 Einw.			
Flensburg	1 134	11,6	53	718	69
Kiel	1 873	6,9	144	140	347
Lübeck	2 203	9,5	1 115	75	1 134
Neumünster	397	5,4	104	31	125
Eckernförde	341	5,2	70	50	1
Eiderstedt	41	2,2	-	16	1
Eutin	395	4,4	151	19	175
Flensburg-Land	352	5,5	37	238	11
Hzgt. Lauenburg	778	6,0	144	49	275
Husum	152	2,4	16	38	17
Norderdithmarschen	174	3,0	8	13	23
Oldenburg (Holstein)	725	9,2	501	11	558
Pinneberg	1 383	6,4	275	72	535
Plön	242	2,2	24	17	27
Rendsburg	825	5,3	249	59	297
Schleswig	497	5,1	25	187	53
Segeberg	276	2,9	82	14	98
Steinburg	462	3,8	47	56	57
Stormarn	1 037	7,3	169	34	298
Süderdithmarschen	183	2,5	32	11	21
Südtondern	351	5,9	20	160	24
Schleswig-Holstein	13 821	6,0	3 266	2 008	4 146

Süderdithmarschen sowie Segeberg (jeweils 3‰).

Hertha Stein

Vergleiche auch: "Die Ausländer in Schleswig-Holstein (Stand: 31.12.1959)" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 165 (Juli)

Akademische Prüfungen

Im Studienjahr 1959/60 (Wintersemester 1959/60 und Sommersemester 1960) nahmen 571 deutsche Studierende der Universität in Kiel an einer Staats- oder Diplomprüfung und 178 an einer Doktorprüfung teil. Nicht ganz ein Fünftel

Tab. 1 Staats- und Diplomprüfungen von Studierenden der Universität in Kiel im Studienjahr 1959/60

Fachrichtung	Deutsche Prüfungsteilnehmer	davon haben die Prüfung	
		bestanden	nicht bestanden
Evangelische Theologie	34	29	5
Rechtswissenschaften	203	173	30
Volkswirtschaft	50	28	22
Allgemeine Medizin	79	79	-
Zahnmedizin	15	15	-
Lehramt an höheren Schulen	92	70	22
Psychologie	4	4	-
Mathematik	2	2	-
Physik	10	8	2
Chemie	17	16	1
Lebensmittelchemie	1	1	-
Botanik	1	1	-
Geologie	2	2	-
Pharmazie	35	35	-
Landwirtschaft	26	24	2
Insgesamt	571	487	84

der Prüflinge waren Frauen. Von den Teilnehmern bestanden 85% die Staats- oder Diplomprüfung und 98% die Doktorprüfung. Unter den 487 erfolgreichen Kandidaten einer Staats- oder Diplomprüfung waren 173 Juristen, 94 Mediziner (allgemeine Medizin und Zahnmedizin) und 70 zukünftige Lehrer. Auf diese drei Fachrichtungen entfielen fast sieben Zehntel aller bestandenen Abschlußprüfungen. Die meisten Staats- oder Diplomprüfungen (rund 70%) wurden nach dem 8., 9., 10. oder 11. Fachsemester abgelegt. Nur die Pharmazeuten, die Landwirte und auch ein Teil der Juristen kamen mit weniger als 8 Semestern aus. An den erworbenen Doktoraten hatten die Mediziner (allgemeine Medizin und Zahnmedizin) mit 37% einen besonders großen Anteil.

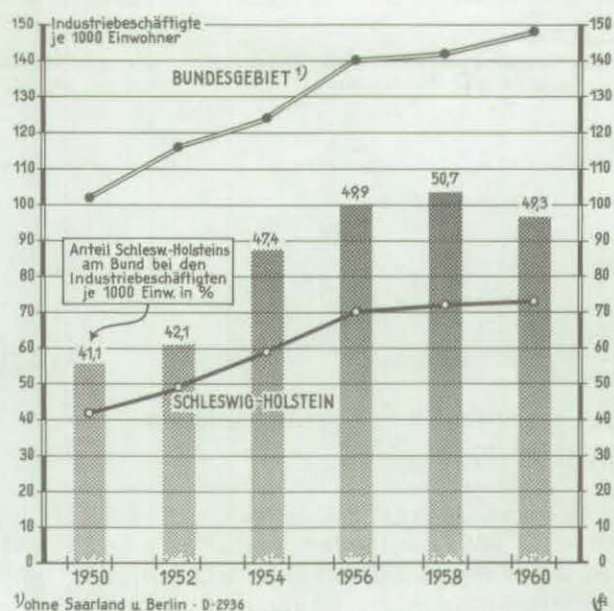
Tab. 2 Doktorprüfungen an der Universität in Kiel im Studienjahr 1959/60

Erworbener Titel	Erfolgreiche deutsche Doktoranden
Dr. theol.	5
Dr. jur.	15
Dr. sc. pol.	14
Dr. med.	56
Dr. med. dent.	8
Dr. phil.	13
Dr. rer. nat.	42
Dr. agr.	21
Insgesamt	174

Im Studienjahr 1959/60 nahmen außerdem in Kiel 29 Ausländer an einer akademischen Abschlußprüfung teil. Davon bestanden 11 eine Doktorprüfung und 16 eine Staats- oder Diplomprüfung. Nur zwei Teilnehmer erreichten das erstrebte Prüfungsziel nicht. Unter den 16 Ausländern, die ein Staatsexamen bestanden hatten, waren 15 Mediziner.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheya

Die Industriebeschäftigten je 1000 Einwohner



Im Durchschnitt der Jahre 1956/59 waren in Schleswig-Holstein von 1 000 Einwohnern 71 in der Industrie beschäftigt. Für das Bundesgebiet ergab sich für den Durchschnitt dieser vier Jahre eine Relation von 142 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner. Schleswig-Holstein hatte damit nur etwa halb so viel Industriebeschäftigte auf 1 000 Einwohner wie das ganze Bundesgebiet. Diese unterschiedliche Besetzung mit Industriebeschäftigten hängt mit der besonderen Wirtschaftsstruktur des Landes, aber auch mit der ungünstigen Altersgliederung der Bevölkerung zusammen. Dieses Moment darf jedoch auch nicht überschätzt werden. Wird es in der Berechnung dadurch ausgeschaltet, daß die Zahl der Industriebeschäftigten nicht auf die ganze Bevölkerung, sondern nur auf die 15- bis 65jährigen bezogen wird, so bleibt Schleswig-Holstein für die Jahre 1956/59 immer noch um fast 48% unter dem Bundesdurchschnitt.

Für einige Jahre im letzten Jahrzehnt sah es so aus, als ob die Zahl der Industriebeschäftigten in Schleswig-Holstein - bezogen auf 1 000 der Bevölkerung - bei rund 50% unter dem Bundesdurchschnitt bleiben würde. Die Ergebnisse der Jahre 1958 bis 1960 deuten aber darauf hin, daß sich Schleswig-Holstein langsam wieder weiter vom Bundesdurchschnitt entfernt. Ein Grund für diese Entwicklung mag darin zu finden sein, daß die Zahl der Industriebeschäftigten durch ausländische Gastarbeitskräfte im Bundesgebiet stärker aufgestockt wurde als in Schleswig-Holstein. Ende Juli 1960 hielten sich rund 263 000 ausländische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik auf. Davon wurden 142 000 (54%) in der Industrie beschäftigt. Von den 2 800

ausländischen Arbeitskräften - das ist 1% der Bundessumme -, die nach Schleswig-Holstein kamen, waren 970 (35%) in der Industrie tätig.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund 1958 bis 1960

In den letzten 3 Jahren wurden von schleswig-holsteinischen Bausparern über 50 000 neue Sparverträge abgeschlossen. Mit diesen Neuabschlüssen wurden Sparverpflichtungen eingegangen, die - von Jahr zu Jahr ansteigend - in den 3 letzten Jahren zusammen beinahe 800 Mill. DM betragen.

Die Bausparer im gesamten Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West) schlossen im gleichen Zeitraum 1,8 Mill. Neuverträge ab, daraus ergeben sich Sparverpflichtungen von mehr als 30 Mrd. DM. Berücksichtigt man außerdem die Verträge, die bereits vor dem Berichtszeitraum geschlossen worden sind und bisher noch nicht abgewickelt werden konnten, dann wird deutlich, welch großes Gewicht die Bausparkassen für die Bauwirtschaft und besonders für den Eigenheimbau nach der Währungsreform erreicht haben. Diese Bedeutung wird nicht geschmälert, wenn man einen gewissen Ausfallsatz bei den abgeschlossenen Neuverträgen annimmt. Eine Bauleistung in der Größenordnung der Vorjahre dürfte bei ausreichender Versorgung mit ersten Hypotheken in Verbindung mit den nachrangigen Bauspardarlehen von der finanziellen Seite her gewährleistet sein.

Die Liquiditätsslage der Bausparkassen hat sich weiterhin verbessert; 9,3 Mrd. DM Bauspareinlagen am Jahresende 1960 standen 6 Mrd. DM Bauspardarlehen und Zwischenkredite gegenüber. Die laufenden Spargeldeingänge im

Das Bauspargeschäft 1958 - 1960
(Private und öffentliche Bausparkassen)

	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet einschl. Berlin (West)		
	1958	1959	1960	1958	1959	1960
Neu abgeschlossene Bausparverträge in 1000	18	17	16	640	599	580
	in Mill. DM					
Neu abgeschlossene Vertragssummen	254	269	272	9 488	10 024	10 833
Spargeldeingänge	63	77	94	2 447	2 992	3 642
Prämieneingänge	6	8	11	262	339	419
Zins- u. Tilgungseingänge	19	26	32	654	840	981
Auszahlungen	72	103	127	2 604	3 237	4 094
Bestand an Bauspar- einlagen	160	196	235	6 017	7 480	9 343
Bauspardarlehen und Zwischenkredite	107	136	169	4 040	4 775	6 024

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bundesgebiet, die die echte Bausparleistung eines Jahres darstellen, haben sich relativ stärker erhöht als die Vertragssummen, und zwar von knapp 2,5 Mrd. DM im Jahre 1958 auf 3,6 Mrd. DM im Jahre 1960. Vergleichsweise sei erwähnt, daß das Kontensparen im Jahre 1960 mit mehr als 7 Mrd. DM zwar erheblich mehr erbrachte, dennoch braucht die Bauspartätigkeit den Vergleich mit dem aus anderen Gründen vorgenommenen Kontensparen nicht zu scheuen. Der Bestand an Spareinlagen im Bundesgebiet belief sich am Jahresende 1960 auf etwa 50 Mrd. DM. Die Bauspareinlagen machten knapp ein Fünftel des Bestandes der Einlagen von Sparkonten aus. Der Anteil der öffentlichen Hand am Bauspargeschäft läßt sich aus den Prämieeneingängen¹ ablesen: 1958 wurden 262 Mill. DM Wohnungsbauprämien ausgeschüttet, 1960 waren es schon nahezu 420 Mill. DM, in den 3 Jahren zusammen über eine Milliarde DM. Im Bundesgebiet reichten allein die Spargeld- und Prämieeneingänge - von 1960 abgesehen - aus, um die laufenden Auszahlungen zu finanzieren.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 128 (Juni)

1) Nach dem Wohnungsbau-Prämienengesetz vom 17.3.1952 in der Fassung vom 25.8.1960 werden bis zu 400 DM Prämie je Bausparer und Jahr gezahlt

Die öffentlichen Straßenverkehrsmittel 1959

Am 16. November 1959 wurde in Lübeck der Straßenbahnverkehr eingestellt und dafür der vorhandene Omnibuslinienverkehr erweitert. Seitdem gibt es in Schleswig-Holstein nur noch in den Städten Kiel und Flensburg Straßenbahnen. Die auf Sylt betriebene Inselbahn wird auch zu den Straßenbahnen gezählt. Insgesamt hatten diese Bahnen Ende 1959 eine Linienlänge von 74,6 km. Nur noch in Kiel verkehrten Obusse auf einer Linienlänge von 20,2 km. Die Arten und die Zahlen des Omnibuslinienverkehrs in Schleswig-Holstein ergeben sich aus folgender Aufstellung:¹

Verkehrsart	Unternehmen ²		Omnibus- Linien		Linienlänge in km	
	1958	1959	1958	1959	1958	1959
Ortlinienverkehr	23	24	57	64	442,6	525,8
Nachbarortslinien- verkehr	23	21	47	42	689,4	454,6
Überlandverkehr	42	47	135	147	4 266,7	4 673,1
Linienähnlicher Berufsverkehr	3	3	3	3	123,0	123,5

1) ohne Bundesbahn und Bundespost

2) einschl. Mehrfachzählungen

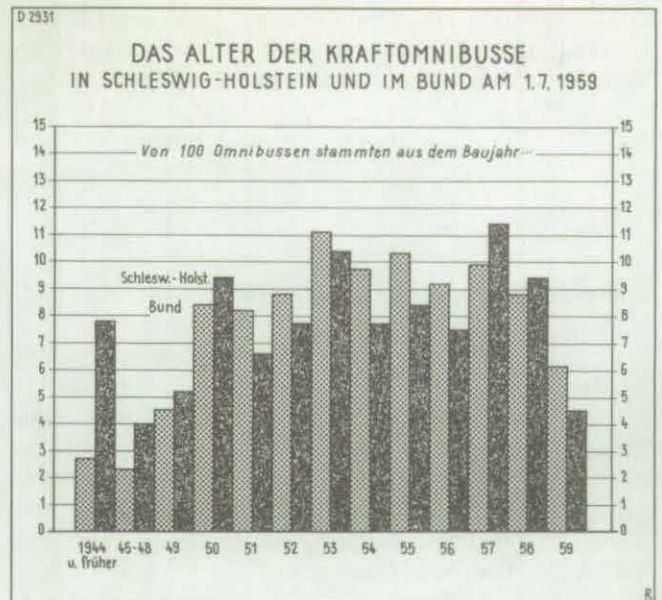
Zu dem Linienverkehr kommt noch der Gelegenheitsverkehr, der sich wie jener, seit 1956 hinsichtlich der Zahl der beförderten Personen ständig, zuletzt aber nur geringfügig, gesteigert hat. Während im Linienverkehr seit 1956 auch die gefahrenen Wagen-km ständig, wenn auch zuletzt nur noch wenig, zugenommen haben, sind im Gelegenheitsverkehr die gefahrenen Wagen-km erstmalig im Jahre 1959 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Ähnlich hat sich auch die Zahl von sämtlichen öffentlichen Verkehrsmitteln in Schleswig-Holstein beförderten Personen 1959 erstmals gegenüber dem Vorjahr um 2 Mill. auf 178 Mill. vermindert. Diese Minderungen stehen vermutlich im Zusammenhang mit der im Jahre 1959 weiter gewachsenen Eigenmotorisierung der Bevölkerung.

Die Zahlen der durch Straßenbahnen und Obusse beförderten Personen sind schon seit 1956 ständig gesunken, und zwar von 74,5 Mill. auf 60,8 Mill. Personen. Das Schwergewicht des öffentlichen Straßenverkehrs verlagert sich somit immer stärker auf den Omnibusverkehr, dessen Beförderungsleistung in der gleichen Zeit von 90,7 auf 118,0 Mill. Personen stieg. Diese Veränderung findet auch in der Entwicklung der Zahl der im Personenverkehr eingesetzten Fahrzeuge ihren Ausdruck:

	Straßenbahnen		Obusse		Omnibusse	
	Triebwagen	Beiwagen	Motorwagen	Anhänger	Motorwagen	Anhänger
30. 6. 1957	163	109	17	3	987	179
30. 6. 1958	164	108	13	3	1 053	165
30. 6. 1959	154	106	14	-	1 085	154

Die Verkehrsleistungen der öffentlichen Straßenverkehrsmittel in Schleswig-Holstein im Jahre 1959 sollen hier nicht im einzelnen nach den Veränderungen gegenüber den Vorjahren erörtert werden. Wesentlich für die Verkehrsleistungen sind nicht nur die Zahlen der beförderten Personen und der gefahrenen Wagenkilometer, sondern auch die Entwicklung der Einrichtungen, die der Bequemlichkeit des Publikums dienen. Die Entwicklung kann aus den vom Kraftfahrtbundesamt veröffentlichten Berichten über das Alter der Kraftomnibusse und Obusse am 1. Juli 1959 geschlossen werden. Nach diesen Berichten ergibt sich für Schleswig-Holstein und das Bundesgebiet der in der Abb. dargestellte Aufbau der Omnibusse nach Baujahren.

Danach war am 1. Juli 1959 in Schleswig-Holstein noch ein Bestand von fast 8% an Fahr-



zeugen von vor 1945 vorhanden, während dieser Anteil im Bundesgebiet unter 3% liegt. Auch in den Baujahren 1945 - 1950 ist der Anteil in Schleswig-Holstein größer. Es sind also verhältnismäßig mehr alte Wagen vorhanden. Aber auch die Baujahre 1957 und 1958 sind im Lande verhältnismäßig stärker vertreten.

Die sich aus den geographischen Verhältnissen und der Siedlungsstruktur des Landes ergebenden Straßenverkehrsbedingungen erfordern hinsichtlich der Sitzplatzklassen der Omnibusse einen vom Bundesdurchschnitt abweichenden Bestand.

Der Bestand an Kraftomnibussen nach Sitzplatzklassen am 1. Juli 1959¹

	Kraftomnibusse						
	insgesamt	davon mit ... Sitzplätzen					
		bis 16		17 bis 31		32 u. mehr	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	
Bundesgebiet ohne Berlin	29 374	827	2,8	6 216	21,2	22 331	76,0
Schleswig-Holstein	1 068	31	2,9	259	24,3	778	72,8

1) Quelle: "Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern am 1. Juli 1959" herausgegeben vom Kraftfahrt-Bundesamt (Seite XIII und 5)

In den Klassen der Kraftomnibusse bis zu 16 Sitzplätzen und von 17 bis 31 Sitzplätzen übersteigt der schleswig-holsteinische Anteil den Durchschnitt im Bundesgebiet, während er in der Klasse mit 32 und mehr Sitzplätzen darunter liegt.

Vergleiche auch: "Die öffentlichen Straßenverkehrsmittel 1957/1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 63 (März)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
			Monats- Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 598	2 299	2 291	2 292	2 294	2 312	2 313
darunter										
Vertriebene 1)										
*Anzahl	1000	856 ^a	643	641	642	642
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28
Zugewanderte 2)										
*Anzahl	1000	134 ^a	153	151	151	151
in % der Wohnbevölkerung		5	7	7	7	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen 3)										
*Anzahl		2 078	1 812 ^b	1 192	1 588	1 956	1 044	1 231	2 028	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,5 ^b	6,6	8,2	10,4	5,3	6,9	10,3	...
Lebendgeborene 4)										
*Anzahl		3 448	3 140 ^b	3 199	3 387	3 222	3 313	3 228	3 588	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,9	16,4 ^b	17,6	17,4	17,1	16,9	18,2	18,3	...
Gestorbene 5) (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 059	2 299 ^b	3 105	2 802	2 281	2 457	2 249	2 367	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	12,0 ^b	17,1	14,4	12,1	12,5	12,7	12,0	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	96	106	107	90	104	99	104	...
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,1	3,3	3,2	2,8	3,1	3,1	2,9	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+1 389	+ 841 ^b	+ 94	+ 585	+ 941	+ 856	+ 979	+1 221	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 4,4 ^b	+ 0,5	+ 3,0	+ 5,0	+ 4,4	+ 5,5	+ 6,2	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 784 ^b	4 825	6 221	9 312	7 717	5 092
darunter										
Vertriebene		2 173	1 519 ^b	1 108	1 474	2 050
Zugewanderte		.	1 079 ^b	755	896	1 186
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 004 ^b	4 778	5 549	8 108	6 291	4 572
darunter										
Vertriebene		9 662	1 543 ^b	1 211	1 341	2 196
Zugewanderte		.	729 ^b	564	644	898
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 780 ^b	+ 47	+ 672	+1 204	+1 426	+ 520
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 24 ^b	- 103	+ 133	- 146
Zugewanderte		.	+ 350 ^b	+ 191	+ 252	+ 287
*Umzüge innerhalb des Landes 6)		11 614	9 713 ^b	7 397	8 989	15 504	10 417	7 149
Wanderungsfälle 6)										
Anzahl		31 221	22 501 ^b	17 000	20 759	32 924	24 425	16 813
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr 7)		198	168 ^b	134	153	257	178	135
Umsiedler		6 329 ^c	329	425	437	403	332	203	273	111
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	156	118	202	139	209	64	204	75
Baden-Württemberg		2 602	24	20	32	11	5	9	8	19
Rheinland-Pfalz		2 928	6	7	5	-	4	5	4	3
Hessen		238	9	11	3	3	4	5	4	-
Hamburg		41	134	269	195	250	110	120	53	14
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer 8)	1000	624 ⁺	774 ⁺	.	764	.	.	.	787	.
darunter *Männer	1000	429 ⁺	520 ⁺	.	513	.	.	.	528	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1000	210	21	41	24	21	27	23	15	12
je 100 Arbeitnehmer		25,2	2,6	5,2	3,1	2,6	3,4	2,8	1,9	1,5
und zwar										
*Männer	1000	146	13	28	14	11	18	15	8	6
Vertriebene	1000	119 ^d	.	.	7	.	.	.	4	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte
 a) am 13.9.1950 b) auf Normaljahr (365 Tage) umgerechnet c) ohne Anrechnungsfälle d) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	990 ^e	1 219 ^e
darunter *Milchkühe	1000	458 ^e	460 ^e
*Schweine	1000	1 031 ^e	1 414 ^e	.	1 288	.	.	.	1 404	.
darunter *Zuchtsauen	1000	107 ^e	154 ^e	.	138	.	.	.	162	.
darunter *trächtig	1000	68 ^e	97 ^e	.	87	.	.	.	105	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	18	13	15	14	18	15	16	14
*Kälber	1000 St	14	6	8	10	8	7	7	10	6
*Schweine	1000 St	45 ^f	90	95	97	81	125	105	107	93
darunter *Hausschlachtungen	1000 St	18 ^f	13 ^g	26	18	7	31	23	17	6
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	11,0	9,3	10,9	10,1	12,4	10,6	11,9	11,2
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,8	2,7	3,3	3,0	3,9	3,2	3,5	3,2
*Schweine	1000 t	2,6	6,8	6,1	7,0	6,6	8,1	7,0	7,8	7,5
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	217	221	221	219	223	220	221	234
*Kälber	kg	26	52	48	48	51	50	50	49	52
*Schweine	kg	98	87	88	89	89	87	85	86	86
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	146	141	176	184	140	138	178	191
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	11,0	12,9	13,9	9,8	10,7	12,5	13,8
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	89	87	88	89	86	87	88	89
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	168	163	164	167	170	172	172	174
darunter *Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	138	134	135	137	140	141	141	142
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 539	22 590	25 251	24 108	24 755	23 627	25 855	24 219
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	62,3	51,8	57,8	60,9	63,5	60,1	68,6	64,1
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	19,8	18,2	18,4	18,9	21,4	21,1	21,5	21,8
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	66	59	58	64	68	58	67	62
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 507	10 090	10 995	10 993	11 346	10 747	11 175	10 945
Heizölverbrauch	1000 t	.	46	42	45	44	51	47	50	46
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	83	77	84	78	86	83	88	82
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	22	20	21	18	25	21	20	17
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	534	476	552	474	532	492	602	523
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	10	82	85	93	55	98	50	72	63
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion	1950=100	115 ^{h)}	255 ⁱ⁾	228	251	254	249	278	272	...
einschl. Energie und Bau										
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	633	621	601	610	659	615	674	...
Industrie der Steine und Erden		111	236	124	216	254	134	185	256	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	147	116	111	139	163	162	175	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	139	129	129	114	147	150	180	...
Mineralölverarbeitung		117	1 030	962	867	938	1 059	1 093	801	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	994	697	929	1 041	1 161	1 287	1 253	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	104	82	101	r 105	100	107	119	...
papierherzeugenden Industrie		102	292	282	278	268	307	322	327	...
Schiffbaues		126	314	305	322	332	322	307	308	...
Maschinenbaues		134	259	239	285	r 265	235	479	r 300	...
elektrotechnischen Industrie		144	589	518	513	534	753	761	737	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	698	629	629	756	704	716	829	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie										
(einschl. Sportwaffen)		119	214	190	208	197	198	r 213	214	...
ledererzeugenden Industrie		97	91	94	95	89	109	100	r 90	...
Schuhindustrie		102	226	254	283	248	246	253	266	...
Textilindustrie		118	193	190	198	181	217	226	r 212	...
Bekleidungsindustrie		115	128	121	144	132	128	153	r 160	...
Fleischwarenindustrie		137	178	159	156	169	164	165	182	...
fischverarbeitenden Industrie		143	227	267	303	270	190	212	r 211	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	124	122	148	168	113	120	149	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	243	232	232	224	244	246	269	...
Bauproduktion		92	212	106	194	r 244	150	185	224	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenpiegel" veröffentlicht

9) gewerbliche Schlachtungen 10) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren e) Dezember f) Winterhalbjahr 1950/51 = 35 g) Winterhalbjahr 1960/61 = 22 h) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951 i) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: vorläufige Ergebnisse

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	131	126	139	111	140	120	122	111
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	175	173	178	159	210	178	194	175
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	18	19	19	17	21	18	19	17
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	60 895	53 240	60 197	63 082	57 232	p58 365	p60 384	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 296	4 691	9 187	10 256	6 533	p 7 636	p 9 916	...
darunter *für Wohngebäuden	1000	3 278	4 170	2 161	4 279	4 737	2 830	p 3 494	p 4 404	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	27,5	12,6	24,7	28,7	20,6	p 23,9	p 30,8	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,8	1,6	1,7	1,7	1,9	p 1,8	p 1,9	...
*Umsatz	Mill. DM	24,3	87,9	52,3	63,5	75,6	64,5	p 59,7	p 83,0	...
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	1 056	949	1 064	967	762	695	782	863
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	311	280	773	292	269	217	371	336
Veranschlagte reine Baukosten 19)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	82,4	78,8	55,2	69,7	68,3	63,8	86,8	75,7
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	58,2	40,7	37,3	51,5	43,2	42,1	48,2	49,4
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile) 19)										
darunter *in Wohngebäuden	1000 cbm	757	1 254	1 150	893	1 086	985	927	1 222	1 051
	1000 cbm	536	818	587	524	727	577	566	621	635
*Wohnungen 20)		2 306	2 467	1 765	1 512	2 270	1 637	1 672	1 969	1 801
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 061	2 213	1 545	1 277	1 984	1 469	1 462	1 709	1 538
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	2 155	358	1 233	1 016	817	834	1 068	1 191
Wohnräume 22)		4 926	8 628	1 458	4 963	4 106	3 354	2 931	4 297	4 566
HANDEL										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1960=100	.	100	81	94	98	89	86	104	101
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	100	88	96	103	91	90	107	102
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	64	77	90	87	80	95	103
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	75	89	90	88	83	101	98
*Sonstige Waren		.	100	86	107	102	90	90	113	101
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	561	598	694	583	888	245	507	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 214	311	584	1 815	643	569	887	...
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	13 865	12 226	12 036	9 257	13 083	12 452	13 318	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	31 799	29 669	30 605	26 389	31 019	28 214	28 137	...
*Ausfuhr nach Warengruppen 23)	Mill. DM	7,2	99,3	68,7	110,8	56,0	107,3	68,8	65,4	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	7,8	6,9	10,5	6,8	8,2	7,0	6,9	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	91,5	61,8	100,3	49,1	99,0	61,8	58,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,8	2,6	3,0	2,4	2,7	3,0	3,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	7,8	7,9	6,8	4,4	8,6	12,0	8,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	81,0	51,3	90,5	42,3	87,7	46,9	46,4	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	3,1	2,7	3,3	2,5	3,1	3,0	3,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	77,9	48,6	87,2	39,8	84,6	43,9	43,3	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)										
Dänemark	Mill. DM	0,8	9,8	9,6	7,7	5,2	7,6	9,5	8,2	...
Italien	Mill. DM	0,2	3,8	2,2	2,6	2,7	5,3	6,8	6,2	...
Niederlande	Mill. DM	0,6	7,9	3,7	4,5	4,0	5,2	14,8	6,2	...
Schweden	Mill. DM	0,6	5,8	2,5	18,5	4,0	3,3	4,3	4,5	...
Irak	Mill. DM	-	0,1	0,1	0,1	0,1	2,3	0,1	4,0	...
Großbritannien	Mill. DM	0,1	10,8	3,0	20,1	2,6	45,0	3,1	3,6	...
Schweiz	Mill. DM	0,3	2,6	2,5	1,8	2,5	2,2	2,7	3,2	...
Österreich	Mill. DM	0,1	2,0	1,5	2,2	1,9	1,6	2,6	2,7	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	485	357	453	430	382	381	398	...
Güterversand	1000 t	86	144	139	120	107	168	152	131	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	137	66	132	129	121	109	115	138
*Güterversand	1000 t	.	238	70	243	232	153	201	260	257

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 bis 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1960/61 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1960/61 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	6 477	4 936	5 377	5 761	5 355	4 724	5 847	5 783
darunter deutsche	%	64,0	64,9	66,1	67,8	67,1	61,7	61,4	66,5	65,4
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	3 461	2 761	2 989	3 029	3 312	2 804	3 042	2 977
darunter deutscher Anteil	%	23,3	28,4	28,1	25,7	27,1	25,7	24,5	27,6	27,6
Güterverkehr	1000 t	2 492	4 804	3 670	3 828	4 056	4 529	3 851	4 156	4 132
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	31,2	31,0	28,6	30,0	28,2	27,7	29,3	28,7
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 436	2 005	2 299	2 351	2 248	2 136	2 227	2 232
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	2 369	1 665	1 529	1 705	2 281	1 716	1 928	1 900
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		1 244	3 807	3 157	5 494	4 695	2 841	4 018	6 256	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	159	82	248	322	19	97	285	...
*Personenkraftwagen		398	2 751	2 239	3 968	3 397	2 080	3 006	4 545	...
*Kombinationskraftwagen		.	177	156	218	235	228	206	326	...
*Lastkraftwagen		247	323	261	363	342	265	317	441	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		826	3 238	2 331	2 041	2 698	2 714	2 386	2 894	p2 890
davon										
*mit Personenschaden		417	1 099	603	685	956	733	755	925	p 951
*nur mit Sachschaden		409	2 139	1 728	1 356	1 742	1 981	1 631	1 969	pl 939
*Getötete Personen ²⁶⁾		17	47	26	32	52	34	31	31	p 45
*Verletzte Personen		493	1 391	775	822	1 184	933	967	1 148	pl 175
Fremdenverkehr										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^j	129 ^j	54	71	91	59	61	84	...
darunter *Auslandsgäste	1000	2 ^j	17 ^j	4	6	17	4	4	10	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^j	815 ^j	178	228	273	179	185	261	...
darunter *Auslandsgäste	1000	5 ^j	34 ^j	8	11	24	8	7	16	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁷⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	741 ^k	4 212 ^k	3 700	3 781	3 834	4 233	4 305	4 423	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ^k	1 265 ^k	1 056	1 111	1 124	1 249	1 277	1 343	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ^k	1 259 ^k	1 053	1 101	1 114	1 246	1 271	1 340	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ^k	2 947 ^k	2 643	2 670	2 710	2 985	3 028	3 079	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ^k	2 542 ^k	2 269	2 294	2 326	2 575	2 614	2 660	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁷⁾	Mill. DM	408 ^k	2 773 ^k	2 534	2 562	2 612	2 804	2 876
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ^k	1 239 ^k	1 194	1 205	1 236	1 244	1 290
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ^k	981 ^k	838	852	997	998	1 006	990	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ^k	1 534 ^k	1 340	1 357	1 376	1 560	1 586
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	94 ^k	1 025 ^k	898	910	923	1 041	1 060	1 068	1 071
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	.	67	65	69	98	71
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	.	43	49	51	71	46
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	7	9	6	13	3	10	9	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	1	-	1	-	2	-	1	...
Wechselproteste	Anzahl	682	746	605	733	745	705	721
	Wert	517	500	350	458	436	465	599
STEUERN ²⁸⁾										
*Landessteuern	1000 DM	14 273	45 229	24 563	60 073	26 262	45 052	35 348	74 036	32 970
darunter										
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 782	3 872	612	544	593	4 584	1 611	409
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	4 717	3 911	4 987	5 113	6 344	4 823	6 089	5 155
*Biersteuer	1000 DM	248	506	521	359	389	457	518	346	414
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	111 073	86 383	111 719	98 439	126 535	93 713	127 475	109 590
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	35 573	28 973	28 622	33 424	47 117	31 179	32 489	37 611
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 204	983	1 026	1 207	1 267	1 017	1 062	1 177
*Zölle	1000 DM	1 381	8 380	7 401	8 052	9 244	8 676	7 766	7 527	7 544
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	46 722	41 957	46 341	44 969	50 638	42 114	52 478	50 407
darunter *Tabaksteuer	1000 DM	22 295	34 316	30 821	33 964	30 846	37 719	33 023	36 810	35 633
*Notopfer Berlin ²⁹⁾	1000 DM	951	73	105	44	122	83	50	46	42
außerdem *Lastenausgleichsabgaben ³⁰⁾	1000 DM	5 569	6 396	11 086	8 415	4 493	5 307	9 682	2 458	4 114

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 28) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 29) ohne Abgabe auf Postsendungen 30) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben j) 1950: Angaben aus 110 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1950 (April bis September) Monats- ϕ 81 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1955 Angaben aus 165 Berichtsgemeinden. Für das Sommerhalbjahr 1960 Monats- ϕ 196 000 Fremdenmeldungen mit 1 430 000 Übernachtungen k) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt			Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ³¹⁾	1000 DM	11 560	54 633	19 896	78 954	27 065	53 581	33 110	96 780	36 596
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	19 241	11 083	5 860	13 073	28 902	14 905	8 102	19 119
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	25 473	6 808	46 725	11 314	20 021	13 760	61 612	16 002
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	541	255	570	802	501	265	375	320
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	9 377	1 750	25 798	1 876	4 158	4 180	26 692	1 156
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	26 416 ⁺	73 945 ⁺	.	66 491 ^m	.	.	.	75 867 ^m	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 829 ⁺	.	7 087 ^m	.	.	.	6 562 ^m	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 837 ⁺	.	11 582 ^m	.	.	.	13 121 ^m	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	50 517 ⁺	.	43 370 ^m	.	.	.	52 047 ^m	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 762 ⁺	.	4 452 ^m	.	.	.	4 137 ^m	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	6 407 ⁺	.	6 280 ^m	.	.	.	6 475 ^m	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	98	99	99	99	97	97	p 94	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	133	132	133	r 130	131	p 129	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	126	125	125	125	128	128	128	128
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ⁿ	137 ^q	137	138	139	124	p 126	p 123	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1954=100	.	p 131	127	.	.	.	p 135	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ⁿ	131 ^q	132	132	132	133	134	135	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	113	113	113	113	113	114	114	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³²⁾	1958=100	.	102,4	101,9	101,9	102,1	103,6	103,8	104,1	104,1
darunter										
Ernährung	.	.	102,4	103,0	102,8	103,1	101,6	102,0	102,4	102,2
Wohnung	.	.	108,7	103,7	103,7	104,3	116,5	116,5	116,5	117,4
Heizung und Beleuchtung	.	.	102,0	101,9	101,7	100,9	103,8	103,9	103,8	102,7
Bekleidung	.	.	101,5	101,1	101,2	101,3	103,0	103,2	103,6	103,8
Hausrat	.	.	98,6	98,3	98,4	98,4	100,3	100,4	100,3	100,2
LÖHNE UND GEHÄLTER ³³⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁴⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	133,62	124,08	.	.	.	143,57	.	.
darunter Facharbeiter	DM	88,90	141,99	131,82	.	.	.	155,30	.	.
*weiblich	DM	37,09	79,60	75,33	.	.	.	84,13	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	280,7	262,1	.	.	.	301,0	.	.
darunter Facharbeiter	Pf	139,8	297,6	277,5	.	.	.	323,3	.	.
*weiblich	Pf	80,8	181,7	172,5	.	.	.	195,7	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	49,2	47,6	47,3	.	.	.	47,7	.	.
*weiblich	Std.	45,9	43,8	43,7	.	.	.	43,0	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	.	45,0	46,4	.	.	.	46,8	.	.
*weiblich	Std.	.	41,7	43,3	.	.	.	42,4	.	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³⁴⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	675	651	.	.	.	710	.	.
*weiblich	DM	.	428	417	.	.	.	459	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	776	751	.	.	.	817	.	.
*weiblich	DM	.	453	440	.	.	.	479	.	.
in Handel ³⁵⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	616	600	.	.	.	658	.	.
*weiblich	DM	.	369	361	.	.	.	403	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	642	600	.	.	.	655	.	.
*weiblich	DM
in Industrie ³⁴⁾ und Handel ³⁵⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	633	615	.	.	.	674	.	.
*weiblich	DM	.	387	378	.	.	.	420	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	768	744	.	.	.	806	.	.
*weiblich	DM	.	447	436	.	.	.	475	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

31) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 32) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM und einem Haushalts-Nettoeinkommen von rund 600 DM monatlich nach den Verbrauchs- und Preisverhältnissen des Jahres 1958 33) Effektivverdienste: Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1960 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 34) einschl. Baugewerbe 35) Handel, Geld- und Versicherungswesen m) 1.1. - 31.3. n) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) q) Wirtschaftsjahr 1959/60 (Juli - Juni)

Jahreszahlen B*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
HANDEL													
Index der Einzelhandelsumsätze		1959=100	100	107
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,0	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	812,0	915,5	1191,7
davon Güter der Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	37,7	31,2	32,4	34,2	47,1	67,1	52,3	60,9	80,6	93,1
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	78,0	194,9	283,0	342,2	475,3	533,8	652,2	723,2	751,0	834,8	1098,6
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,5
VERKEHR													
Seeschifffahrt													
Güterempfang	JS	1000 t	1 689	2 290	2 559	2 714	2 915	4 019	3 829	4 253	4 525	4 697	5 822
Güterversand	JS	1000 t	1 033	1 022	1 040	1 058	1 460	1 324	1 384	1 218	1 228	1 305	1 726
Binnenschifffahrt													
Güterempfang	JS	1000 t	.	.	.	719	1 016	1 169	1 305	1 411	1 507	1 412	1 649
Güterversand	JS	1000 t	.	.	.	1 593	1 767	2 002	1 865	1 781	2 342	2 599	2 852
Nord-Ostsee-Kanal													
Schiffsverkehr													
Schiffe	JS		47 271	52 612	56 267	54 993	56 687	62 911	62 402 ^a	66 588	67 738	73 443	77 729
Raumgehalt	JS	1000 NRT	17 771	20 886	22 708	22 498	25 745	31 279	31 601	33 169	33 542	36 137	41 527
Güterverkehr	JS	1000 t	29 907	32 429	32 948	32 897	39 412	46 595	47 069	47 348	46 083	49 974	57 653
und zwar													
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	25,7	31,7	31,8	29,6	30,4	31,8	32,5	32,6	32,6	31,2
Richtung West-Ost	JS	1000 t	13 461	15 313	16 722	15 871	19 922	23 533	23 982	24 346	22 868	24 880	29 228
Richtung Ost-West	JS	1000 t	16 446	17 116	16 225	17 026	19 491	23 062	23 087	23 003	23 216	25 095	28 426
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen	JS		14 922	17 923	21 942	26 484	28 887	29 456	29 793	33 040	39 140	42 967	45 683
darunter Pkw	JS		4 780	5 730	6 965	8 583	11 268	13 727	15 802	19 780	25 280	29 485	33 012
Kraftfahrzeugbestand													
Kraftfahrzeuge	1. 7.	1000	66 ^b	88 ^b	112	139	167	188	204	246	246	273	307
darunter													
Krafträder	1. 7.	1000	22 ^b	31 ^b	41	52	63	70	72	73	69	64	60
Pkw	1. 7.	1000	20 ^b	27 ^b	34	42	54	65	75	92	113	140	172
Lkw	1. 7.	1000	16 ^b	19 ^b	23	26	28	28	27	28	28	28	29
Straßenverkehrsunfälle													
Unfälle	JS		9 912	11 648	13 481	16 902	17 930	20 687	22 798	26 270	30 155	32 994	38 856
Getötete Personen ³⁾	JS		208	220	230	333	358	400	428	416	477	504	564
Verletzte Personen	JS		5 910	7 141	7 918	10 270	10 759	12 028	12 627	12 948	13 562	15 326	16 687
Fremdenverkehr ⁴⁾													
Fremdenmeldungen	JS	1000	367	605	717	789	833	988	1 184	1 265	1 329	1 473	1 544
darunter Auslandsgäste	JS	1000	20	43	69	93	119	156	182	183	181	187	206
Fremdenübernachtungen	JS	1000	2 239	3 235	3 924	4 404	4 723	5 539	6 803	7 463	8 127	9 358	9 779
darunter Auslandsgäste	JS	1000	48	98	150	207	275	329	384	392	402	411	409
GELD UND KREDIT													
Spareinlagen	31. 12.	Mill. DM	131	154	223	337	507	606	704	871	1 054	1 294	1 534
je Einwohner	31. 12.	DM	51	62	92	144	220	266	310	385	463	565	664
ÖFFENTLICHE FÖRSORGE⁵⁾													
Laufend unterstützte Personen	31. 3.	1000	114,6	85,1	69,0	72,7	73,3	70,5	61,2	72,5	64,9	60,0	55,4
je 1 000 Einwohner	31. 3.		43,4	33,5	27,9	30,2	31,4	30,7	27,1	32,2	28,7	26,3	24,2
Gesamtaufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	64,4	66,0	73,5	77,1	73,4	83,1	85,6	90,7	90,7	67,4
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	24	26	27	31	33	32	37	38	40	40	29
ÖFFENTLICHE FINANZEN													
Landessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	182	180	221	234	243	252	289	330	375	435	543
darunter Kraftfahrzeugsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	15	16	18	20	22	27	31	37	42	47	57
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	71	72	90	98	104	110	127	146	165	190	236
Bundesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	462	688	749	775	758	838	964	1 027	1 098	1 245	1 333
darunter Umsatzsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	166	219	259	270	280	311	326	340	353	381	427
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	181	269	305	325	326	366	424	455	484	545	580
Steuern vom Einkommen ⁶⁾	Kj. (JS)	Mill. DM	150	188	272	306	307	294	324	374	437	511	656
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	59	76	111	128	132	128	142	166	193	224	285
Gemeindesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	117	130	149	167	176	187	199	219	236	288	321
darunter													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	Kj. (JS)	Mill. DM	43	55	71	84	90	99	110	126	140	189	221
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	46	52	61	70	76	82	88	97	104	126	140
Verschuldung (ohne Kassenkredite) des Landes	31. 3.	Mill. DM	.	780	838	1 069	1 232	1 343	1 454	1 518	1 482	1 631	1 763
Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände	31. 3.	Mill. DM	37	75	104	142	189	251	298	355	430	497	562
darunter Kreditmarktmittel	31. 3.	Mill. DM	.	23	31	46	70	86	119	160	215	264	325

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit A 1) JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr, Kj. = Kalenderjahr 2) ohne Kombinations- und Krankenkraftwagen 3) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 4) Fremdenverkehrsjahre (Oktober - September); Angaben bis 1954 aus 110, ab 1955 aus 165 Berichtsgemeinden. Für 1950 nur Sommerhalbjahr 5) einschl. Tbc-Hilfe 6) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag in den Zeilen Bundes- und Landessteuern enthalten a) ab 1956 "ohne Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 28. 2. 1961	Arbeitslose am 30. 9. 1960	Gesamtaufwand der öffentlichen Fürsorge 1) im Rj. 1959 in DM je Einw.	Schlüsselzuweisungen an Landkreise und Gemeinden im Kj. 1961 in 1 000 DM	Industrie 2)	
					Beschäftigte am 30. 4. 1961	Umsatz 3) in Mill. DM im April 1961
Flensburg	98 241	788	33,87	2 096	7 422	17,4
Kiel	271 030	2 030	33,69	7 843	35 162	77,5
Lübeck	232 731	1 598	35,35	5 997	34 049	71,7
Neumünster	73 381	374	27,58	1 376	13 240	24,3
Eckernförde	65 176	307	36,35	4 255	1 779	3,8
Eiderstedt	18 873	52	27,14	764	352	1,7
Eutin	89 330	569	30,50	4 672	4 040	12,6
Flensburg-Land	64 319	342	23,62	5 205	761	1,8
Hzgt. Lauenburg	130 122	355	26,08	6 477	9 386	17,9
Husum	62 614	284	24,85	3 268	957	3,4
Norderdithmarschen	57 412	295	27,89	2 603	841	2,1
Oldenburg (Holstein)	79 162	687	23,85	3 421	1 339	5,5
Pinneberg	215 761	481	21,34	6 974	19 616	71,0
Plön	109 131	570	25,35	6 080	1 813	7,6
Rendsburg	156 703	375	26,00	7 717	9 996	23,4
Schleswig	98 363	330	27,85	6 471	3 831	19,3
Segeberg	93 556	174	22,50	4 779	4 828	14,7
Steinburg	122 508	240	28,16	3 559	9 676	36,7
Stormarn	143 497	375	22,17	5 363	8 788	75,8
Süderdithmarschen	71 844	155	26,22	3 048	4 618	30,3
Südtondern	59 436	122	22,66	3 630	1 127	4,2
Schleswig-Holstein	2 313 190	11 003	39,65	94 599	173 621	522,6

Kreisfreie Stadt Landkreis	Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1961			Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. bis 31. 3. 1961			
	Kraft- räder	Pkw 4)	Lkw	insgesamt in 1 000 DM	darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
					in 1 000 DM	je Einwohner	
						in DM	Veränderung in % gegenüber 1. 1. -31. 3. 1960
Flensburg	1 622	7 559	1 372	4 209	3 158	32	+ 23
Kiel	4 352	21 570	3 568	13 387	10 113	37	+ 0
Lübeck	4 175	16 779	3 337	11 933	8 833	38	- 0
Neumünster	1 355	6 043	1 157	3 703	2 924	40	+ 63
Eckernförde	1 873	4 982	649	1 469	726	11	+ 46
Eiderstedt	797	1 700	267	628	320	17	+ 59
Eutin	3 113	6 986	1 255	2 597	1 490	17	+ 36
Flensburg-Land	1 913	6 213	718	1 087	471	7	+ 4
Hzgt. Lauenburg	4 048	10 067	1 248	3 390	2 036	16	+ 4
Husum	1 888	5 043	800	1 743	1 000	16	+ 53
Norderdithmarschen	1 365	5 075	854	1 689	872	15	+ 35
Oldenburg (Holstein)	2 428	6 288	909	2 002	1 036	13	+ 3
Pinneberg	4 887	17 412	2 982	8 081	5 903	28	+ 19
Plön	3 227	8 305	1 179	2 313	1 133	10	- 2
Rendsburg	3 873	12 594	2 054	4 700	3 247	21	+ 41
Schleswig	2 414	8 669	1 217	2 348	1 241	13	- 4
Segeberg	3 178	8 916	1 378	2 218	1 158	12	+ 8
Steinburg	3 519	9 025	1 676	5 114	3 780	31	+ 26
Stormarn	3 758	11 886	1 613	5 251	3 909	27	+ 32
Süderdithmarschen	1 932	5 838	730	2 387	1 465	20	+ 65
Südtondern	1 989	5 431	930	2 096	1 369	23	+ 74
Schleswig-Holstein	57 706	186 381	29 893	82 343	56 184	24	+ 17

1) einschl. Tbc-Hilfe 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung) 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit- Stand	Bunden- gebiet ohne Berlin	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung	31.12.1960	53 756	2 309	1 837	6 576	704	15 853	4 783	3 411	7 727	9 495	1 061
in 1000												
darunter												
Vertriebene ¹	"	18 ^a	28	14	26	16	16	19	9	18	19	.
in % der jew. Wohnbevölkerung												
Zugewanderte ²	"	7 ^a	7	9	8	8	7	7	5	6	4	.
in % der jew. Wohnbevölkerung												
Veränderung in %	"											
31.12.1960 geg. VZ 1939	"	+ 34	+ 45	+ 7	+ 45	+ 25	+ 33	+ 37	+ 15	+ 41	+ 34	+ 19
31.12.1960 geg. 31.12.1950	"	+ 12	- 9	+ 16	- 2	+ 27	+ 21	+ 12	+ 14	+ 21	+ 4	+ 12
Bevölkerungsdichte ³ , Einwohner je qkm	"	217	147	2 458	139	1 744	467	227	172	216	135	413
Unterricht, Bildung und Kultur⁴												
Schüler an den allgemeinschulischen Schulen	Mai 1960	6 453	302	186	827	85	1 866	567	432	887	1 164	138
in 1000	"	121	132	102	126	122	119	120	128	117	124	132
je 1 000 Einwohner												
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵	31.3.1961	20 418	787	823	2 326	295	6 593	1 762	1 140	3 009	3 329	353
in 1000												
Arbeitslose	"	163	15	5	33	4	38	7	6	5	47	2
in 1000	"	0,8	1,9	0,6	1,4	1,4	0,6	0,4	0,5	0,2	1,4	0,7
je 100 Arbeitnehmer ⁶												
Arbeitslose Vertriebene	"	16,6	28,4	7,4	23,3	8,6	8,8	16,7	8,1	13,9	18,2	5,6
in % aller Arbeitslosen des betr. Landes												
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt	1958	228,8 ^b	7,2	14,6	23,9	4,2	75,4	19,4	11,3	32,8	33,9	.
in Mrd. DM	1959 ⁴	248,8 ^b	7,9	16,0	26,0	4,5	79,7	21,1	12,2	35,4	36,8	.
in DM je Einwohner	1958	4 475 ^b	3 182	8 118	3 678	6 326	4 917	4 190	3 396	4 446	3 667	.
	1959 ⁴	4 800 ^b	3 500	8 800	4 000	6 600	5 100	4 500	3 600	4 700	3 900	.
Landwirtschaft												
Erzeugung von Kuhmilch	März 1961	1 727	178	3	362	2	304	114	81	213	460	11
in 1000 t	"	9,6	12,5	11,4	11,5	10,9	12,1	9,0	7,8	7,8	8,1	10,1
in kg je Kuh und Tag												
Industrie												
Beschäftigte ⁷	31.1.1961	7 903	170	232	706	104	2 850	666	359	1 430	1 211	174
in 1000	"	147	74	126	107	148	180	139	105	185	128	164
je 1 000 Einwohner												
Umsatz ⁷ in Mill. DM	Jan. 1961	21 872	532	1 004	2 151	388	8 689	1 682	912	3 442	2 683	390
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 499	98	148	410	102	1 246	313	139	506	386	150
Produktionsindex ⁸ (arbeitsfähig) 1950 = 100	"	p 251 ^a	252	233	285	252	.	299	279	274	255	.
Bauwirtschaft^{4, 9} und Wohnungswesen												
Beschäftigte	31.1.1961	1 249	57	46	165	20	375	109	74	184	190	28
in 1000	"	23,2	24,8	24,9	25,1	29,0	23,7	22,8	21,8	23,8	20,0	26,4
je 1 000 Einwohner												
Geleistete Arbeitsstunden	Jan. 1961	144	7	6	17	3	47	12	8	22	22	3
in Mill.	"	2,7	2,8	3,0	2,6	3,6	3,0	2,5	2,2	2,8	2,3	2,5
je Einwohner												
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁰	März 1961	50 602	1 969	1 269	6 043	412	14 943	5 008	2 845	8 128	8 947	1 038
Anzahl	"	9,4	8,5	6,9	9,2	5,8	9,4	10,5	8,3	10,5	9,4	9,8
je 10 000 Einwohner												
Fortiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)	"	22 405	1 068	633	1 935	466	6 965	1 381	930	3 266	5 270	491
Anzahl	"	4,2	4,6	3,4	2,9	6,6	4,4	2,9	2,7	4,2	5,6	4,6
je 10 000 Einwohner												
Ausfuhr												
Ausfuhr in Mill. DM ⁴	Febr. 1961	4 047 ^c	69	165	497	72	1 381	342	164	634	405	155
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner	3. Rv. 1960	107	69	203	80	131	124	108	69	118	91	81
Landessteuern ¹¹	"	180	160	623	130	372	199	147	118	170	136	124
Bundessteuern ¹²	"	48	37	67	42	66	52	51	37	55	43	29
Gemeindesteuern												
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen	28.2.1961	936	687	1 332	866	1 061	1 001	915	815	960	892	869
in DM je Einwohner												

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Gebietsstand: 31.12.1959 4) vorläufige Zahlen 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) Beschäftigte und Arbeitslose 7) Ergebnisse der Industrieerhebungen mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 8) Gesamtindex (ohne Bau) 9) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 10) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 11) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 12) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin a) ohne Saarland b) Bundesgebiet ohne Saarland. Das Bruttoinlandsprodukt der Länder ist mit dem des Bundesgebietes nur bedingt vergleichbar, da für das Bundesgebiet bereits generalbereinigte Werte vorliegen (s. Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1961) c) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

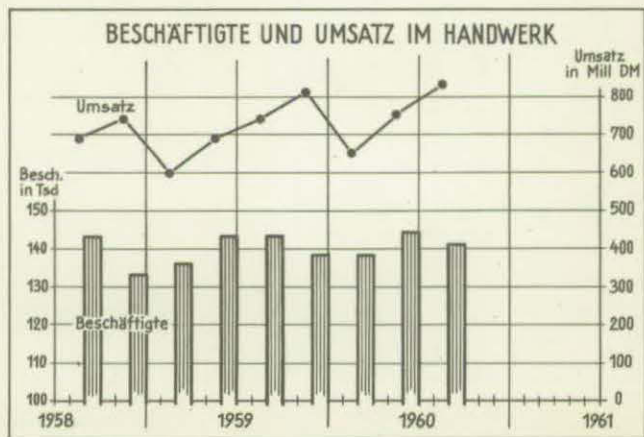
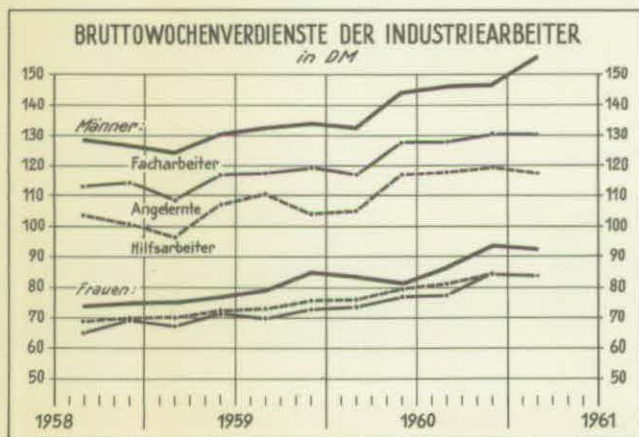
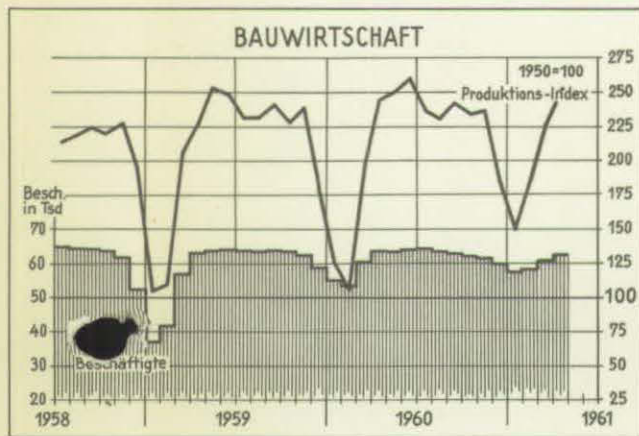
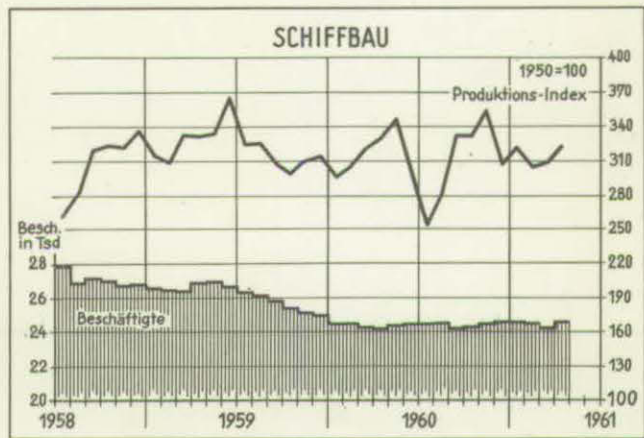
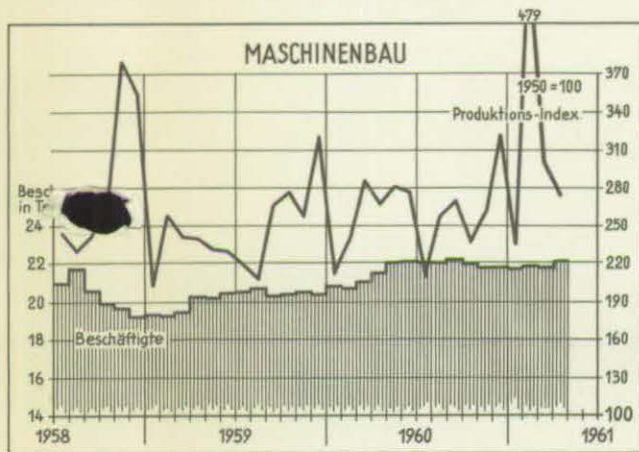
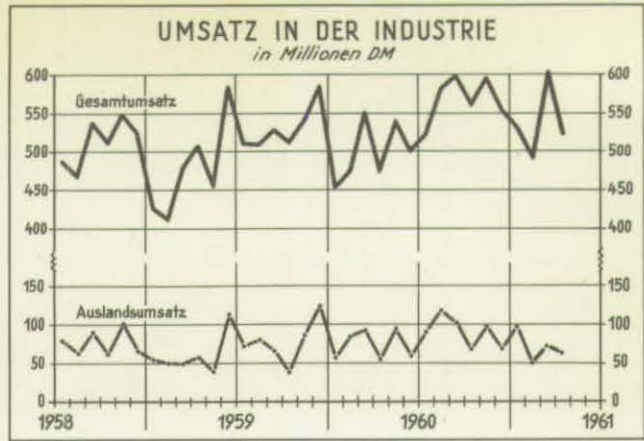
Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Bevölkerungsentwicklung 1958/59	1/9
Bevölkerungsbewegung	
Geburten und Sterbefälle 1959	2/28
Geschiedene Ehen 1959	2/30
Wanderungen 1959	3/52
Unterricht, Bildung und Kultur	
Begabungspotential, Inanspruchnahme des - (s)	3/55
Medizinstudenten, Kieler -	2/46
Schulen, Allgemeinbildende - 1960	2/34
Turnen und Sport	1/24
Erwerbstätigkeit	
Erwerbsquote, Schleswig-holsteinische -	4/76
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Arbeitskräftebestand in der Landwirtschaft	5/100
Baumschulen, Pflanzenbestände in -	3/70
Betriebe, Landwirtschaftliche -	4/78
Gemüse, Ernte und Anbau von -	1/22
Obsternte 1960	4/83
Schlepper in der Landwirtschaft	2/47
Vieh- und Fleischwirtschaft 1959/60	3/57
Zwischenfruchtanbau 1960	3/71
Industrie und Handwerk	
Auslandsumsatz der Industrie	5/119
Produktion, Industrielle - 1959	2/36
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauwirtschaft 1960	4/90
Handel	
Berlin- und Interzonenhandel 1959	3/61
Konsumgenossenschaften 1959	2/48
Verkehr	
Güterverkehr auf Eisenbahnen 1957	3/72
Reiseverkehr mit Skandinavien	5/109
Straßenverkehrsunfälle 1959	4/84
Geld, Kredit und Versicherungswesen	
Zahlungsschwierigkeiten 1960	4/95
Öffentliche Sozialleistungen	
Anstaltsfürsorge	3/67
Jugendhilfe, Öffentliche -	1/4
Schwerbeschädigte	4/94
Öffentliche Finanzen	
Schulen, Ausgaben für allgemeinbildende - 1959	1/20
Verschuldung, Öffentliche - 1960	1/13
Preise	
Gaststättenpreise 1959	5/115
Löhne und Gehälter	
Landarbeiterlöhne 1960	3/63
Versorgung und Verbrauch	
Verbrauch, Privater - 1959	2/39

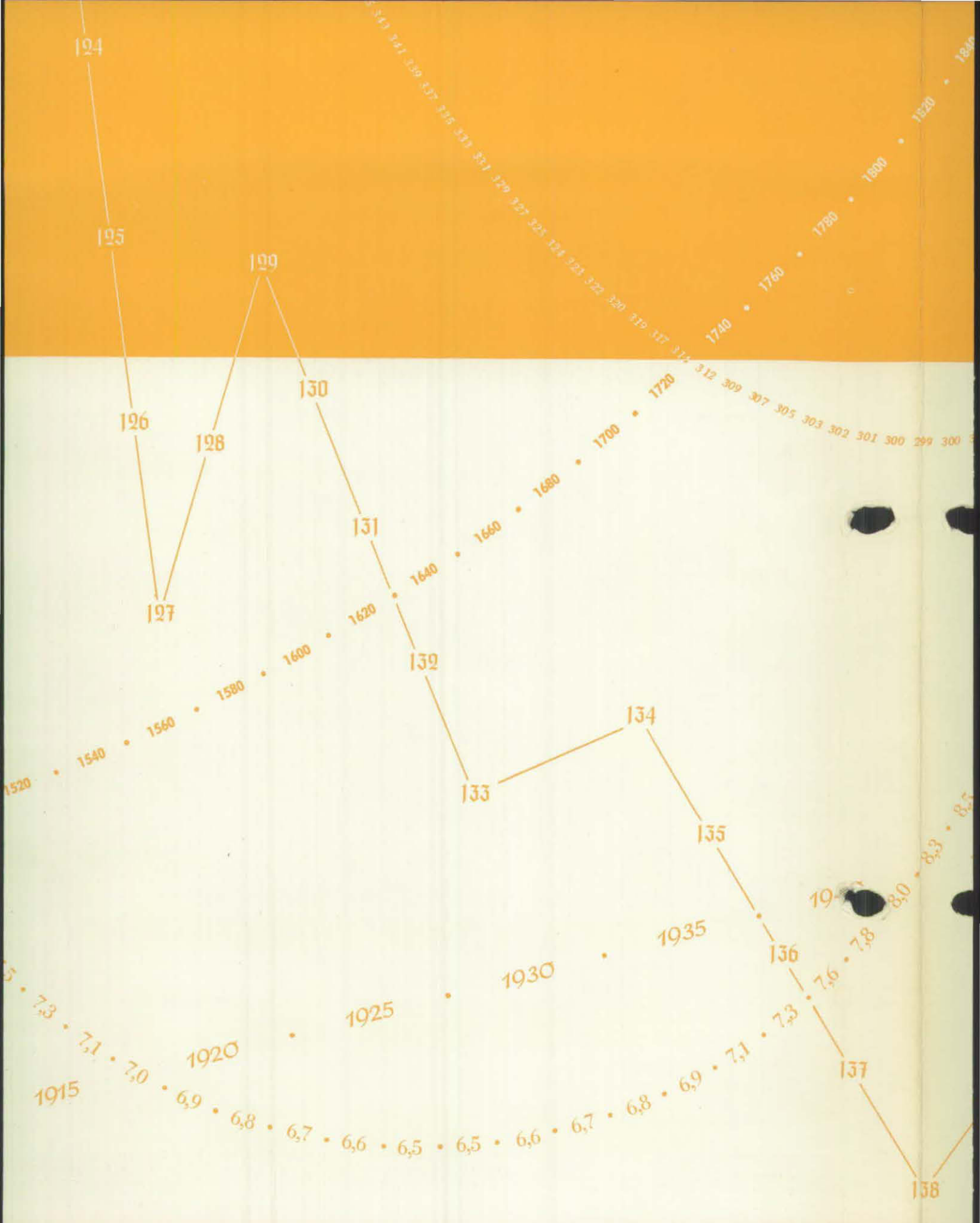


SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*

D-2908



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerungsentwicklung (insgesamt und monatlich); Beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen; Straßenverkehrsunfälle.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen